

ABKOMMEN
ZWISCHEN DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT
UND DER EUROPÄISCHEN UNION
ÜBER ZUSÄTZLICHE REGELN
IN BEZUG AUF DAS INSTRUMENT FÜR DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG
FÜR AUSSENGRENZEN UND VISA
IM RAHMEN DES FONDS FÜR DIE INNERE SICHERHEIT
FÜR DEN ZEITRAUM VON 2014 BIS 2020

ACCORD
ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
ET L'UNION EUROPÉENNE
SUR LES RÈGLES COMPLÉMENTAIRES
RELATIVES À L'INSTRUMENT DE SOUTIEN FINANCIER
DANS LE DOMAINE DES FRONTIÈRES EXTÉRIEURES
ET DES VISAS, DANS LE CADRE DU FONDS POUR
LA SÉCURITÉ INTÉRIEURE, POUR LA PÉRIODE 2014-2020

ACCORDO
TRA LA CONFEDERAZIONE SVIZZERA
E L'UNIONE EUROPEA
SU DISPOSIZIONI COMPLEMENTARI
IN RELAZIONE ALLO STRUMENTO
DI SOSTEGNO FINANZIARIO PER LE FRONTIERE ESTERNE
E I VISTI, NELL'AMBITO DEL FONDO SICUREZZA INTERNA,
PER IL PERIODO 2014-2020

AGREEMENT
BETWEEN THE SWISS CONFEDERATION
AND THE EUROPEAN UNION
ON SUPPLEMENTARY RULES
IN RELATION TO THE INSTRUMENT FOR FINANCIAL SUPPORT
FOR EXTERNAL BORDERS AND VISA,
AS PART OF THE INTERNAL SECURITY FUND,
FOR THE PERIOD 2014 TO 2020

CH/EU/X 1



ABKOMMEN
ZWISCHEN DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT
UND DER EUROPÄISCHEN UNION
ÜBER ZUSÄTZLICHE REGELN
IN BEZUG AUF DAS INSTRUMENT FÜR DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG
FÜR AUSSENGRENZEN UND VISA
IM RAHMEN DES FONDS FÜR DIE INNERE SICHERHEIT
FÜR DEN ZEITRAUM VON 2014 BIS 2020

CH/EU/de 1

CH/EU/de 2

DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT, im Folgenden „Schweiz“,

und

DIE EUROPÄISCHE UNION, im Folgenden „Union“,

im Folgenden beide zusammen „Vertragsparteien“ –

GESTÜTZT auf das Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands¹ (im Folgenden „Assoziierungsabkommen mit der Schweiz“),

IN ERWÄGUNG NACHSTEHENDER GRÜNDE:

- (1) Die Union hat das Instrument für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit mit der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates² geschaffen.
- (2) Die Verordnung (EU) Nr. 515/2014 stellt eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands im Sinne des Assoziierungsabkommens mit der Schweiz dar.

¹ ABI. EU L 53 vom 27.2.2008, S. 52.

² Verordnung (EU) Nr. 515/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG (ABI. EU L 150 vom 20.5.2014, S. 143).

- (3) Da sich die Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ unmittelbar auf die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 auswirkt und damit deren Rechtsrahmen berührt und da die im Assoziierungsabkommen mit der Schweiz vorgesehenen Verfahren für die der Schweiz notifizierte Annahme der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 angewendet wurden, erkennen die Vertragsparteien an, dass die Verordnung (EU) Nr. 514/2014 eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands im Sinne des Assoziierungsabkommens mit der Schweiz darstellt, soweit dies für die Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 erforderlich ist.
- (4) In Artikel 5 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 ist festgelegt, dass sich die bei der Umsetzung, Anwendung und Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands assoziierten Länder – darunter die Schweiz – an dem Instrument gemäß dessen Bestimmungen beteiligen und dass Vereinbarungen über die Finanzbeiträge dieser Länder und die für eine solche Beteiligung erforderlichen zusätzlichen Regeln geschlossen werden, einschließlich Bestimmungen, die den Schutz der finanziellen Interessen der Union und die Prüfungsbefugnis des Rechnungshofs sicherstellen.
- (5) Das Instrument für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (im Folgenden „ISF – Grenzen und Visa“) ist ein spezielles Instrument im Rahmen des Schengen-Besitzstands, das auf Lastenteilung und finanzielle Unterstützung im Bereich Außengrenzen und Visumpolitik der Mitgliedstaaten und der assoziierten Staaten ausgerichtet ist.

¹ Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ABl. EU L 150 vom 20.5.2014, S. 112).

- (6) Artikel 60 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ enthält Vorschriften für die indirekte Mittelverwaltung, die anwendbar sind, wenn Drittstaaten, einschließlich assoziierter Staaten, mit Haushaltsvollzungsaufgaben betraut sind.
- (7) In Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 ist vorgesehen, dass auch die einer noch nicht förmlich benannten zuständigen Behörde im Jahr 2014 entstandenen Ausgaben förderfähig sind, womit ein reibungsloser Übergang zwischen dem Europäischen Außengrenzenfonds und dem Fonds für die innere Sicherheit gewährleistet ist. Diesem Anliegen ist auch in diesem Abkommen Rechnung zu tragen. Da dieses Abkommen nicht vor Ende 2014 in Kraft getreten ist, ist zu gewährleisten, dass auch die vor bzw. bis zur förmlichen Benennung der zuständigen Behörde entstandenen Ausgaben förderfähig sind, sofern die vor der förmlichen Benennung der zuständigen Behörde angewendeten Verwaltungs- und Kontrollsysteme im Wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die danach in Kraft sind.
- (8) Um die Berechnung und Verwendung der jährlichen Beiträge der Schweiz zum ISF – Grenzen und Visa zu erleichtern, werden die Beiträge für den Zeitraum 2014 bis 2020 in fünf jährlichen Tranchen von 2016 bis 2020 geleistet. Von 2016 bis 2018 sind die jährlichen Beiträge Festbeträge, während die Beiträge für 2019 und 2020 im Jahr 2019 auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts aller am ISF – Grenzen und Visa beteiligten Staaten unter Berücksichtigung der tatsächlich geleisteten Zahlungen bestimmt werden —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

¹ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. EU L 298 vom 26.10.2012, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 547/2014 vom 15. Mai 2014 (ABl. EU L 163 vom 29.5.2014, S. 18).

ARTIKEL 1

Regelungsbereich

Dieses Abkommen legt die für die Beteiligung der Schweiz am ISF – Grenzen und Visa gemäß der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 erforderlichen zusätzlichen Regeln fest.

ARTIKEL 2

Finanzverwaltung und Finanzkontrolle

(1) Die Schweiz trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Einhaltung der die Finanzverwaltung und Finanzkontrolle betreffenden Vorschriften des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) und des auf dem AEUV beruhenden Unionsrechts zu gewährleisten.

Die in Unterabsatz 1 genannten Vorschriften des AEUV und des abgeleiteten Rechts sind die folgenden:

- a) Artikel 287 Absätze 1, 2 und 3 AEUV;
- b) Artikel 30, 32 und 57, Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i, Artikel 60, Artikel 79 Absatz 2 und Artikel 108 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012;

- c) Artikel 32, 38, 42, 84, 88, 142 und 144 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission¹;
- d) Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates²;
- e) Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates³.

Die Vertragsparteien können diese Liste im gegenseitigen Einvernehmen ändern.

- (2) Die Schweiz wendet die in Absatz 1 aufgeführten Vorschriften in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesem Abkommen an.

¹ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. EU L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

² Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. EU L 292 vom 15.11.1996, S. 2).

³ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. EU L 248 vom 18.9.2013, S. 1).

ARTIKEL 3

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung

Die Verwendung der der Schweiz aus dem ISF – Grenzen und Visa zugewiesenen Mittel erfolgt nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.

ARTIKEL 4

Einhaltung des Grundsatzes der Vermeidung von Interessenkonflikten

Allen im Hoheitsgebiet der Schweiz tätigen Finanzakteuren und sonstigen Personen, die in den Bereichen Haushaltsvollzug, Finanzverwaltung – einschließlich als Vorbereitung hierzu dienender Handlungen –, Rechnungsprüfung und Kontrolle tätig sind, ist jede Handlung untersagt, durch die ihre eigenen Interessen mit denen der Union in Konflikt geraten könnten.

ARTIKEL 5

Vollstreckung

Entscheidungen der Kommission, die andere Rechtspersonen als Staaten zu einer Zahlung verpflichten, sind im Hoheitsgebiet der Schweiz vollstreckbare Titel.

Die Vollstreckung erfolgt nach den in der Schweiz geltenden Bestimmungen zum Zivilprozess. Die Vollstreckungsklausel dieser Entscheidung wird ohne weitere Formalitäten als lediglich der Prüfung der Echtheit des Titels, der Entscheidung beigefügt; vorgenommen wird die Prüfung von der innerstaatlichen Behörde, die die Schweizer Regierung zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission benennt.

Ist auf Antrag der Kommission diese formale Prüfung beendet, kann die Kommission die Vollstreckung nach nationalem Recht betreiben, indem sie die zuständige Behörde unmittelbar anruft.

Die Vollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgesetzt werden. Für Beschwerden hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die Schweizer Gerichte zuständig.

ARTIKEL 6

Schutz der finanziellen Interessen der Union vor Betrug

- (1) Die Schweiz
 - a) bekämpft Betrug und sonstige gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete rechtswidrige Handlungen mit Maßnahmen, die abschreckend sind und in der Schweiz einen effektiven Schutz bewirken;

- b) ergreift die gleichen Maßnahmen, die sie auch zur Bekämpfung von Betrug ergreift, der sich gegen ihre eigenen finanziellen Interessen richtet, und
- c) koordiniert ihre Tätigkeit zum Schutz der finanziellen Interessen der Union mit den Mitgliedstaaten und der Kommission.

(2) Die Schweiz ergreift Maßnahmen, die mit den von der Union gemäß Artikel 325 Absatz 4 AEUV ergriffenen, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in Kraft befindlichen Maßnahmen gleichwertig sind.

Für den Fall, dass die Union gemäß dem genannten Artikel weitere Maßnahmen ergreift, können die Vertragsparteien in gegenseitigem Einvernehmen gleichwertige Maßnahmen beschließen.

ARTIKEL 7

Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission (OLAF)

Die Kommission (das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF) kann unbeschadet ihrer Rechte gemäß Artikel 5 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 im Hoheitsgebiet der Schweiz auf der Grundlage der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 Kontrollen und Überprüfungen vor Ort im Zusammenhang mit dem ISF – Grenzen und Visa durchführen.

Die Schweizer Behörden erleichtern Kontrollen und Überprüfungen vor Ort, die auf ihren Wunsch hin mit ihnen zusammen durchgeführt werden können.

ARTIKEL 8

Rechnungshof

Gemäß Artikel 287 Absatz 3 AEUV und Teil 1, Titel X, Kapitel 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 kann der Rechnungshof im Hoheitsgebiet der Schweiz im Zusammenhang mit dem ISF – Grenzen und Visa in den Räumlichkeiten der Einrichtungen, die Einnahmen oder Ausgaben für Rechnung der Union verwalten, sowie der natürlichen oder juristischen Personen, die Zahlungen aus dem Haushalt erhalten, Prüfungen durchführen.

Die Prüfung des Rechnungshofs in der Schweiz erfolgt in Verbindung mit den nationalen Rechnungsprüfungsorganen oder, wenn diese nicht über die erforderlichen Befugnisse verfügen, mit den zuständigen nationalen Dienststellen. Der Rechnungshof und die nationalen Rechnungsprüfungsorgane der Schweiz arbeiten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit vertrauensvoll zusammen. Diese Organe oder Dienststellen teilen dem Rechnungshof mit, ob sie an der Prüfung teilzunehmen beabsichtigen.

Der Rechnungshof hat mindestens die Rechte, die der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 und Artikel 7 dieses Abkommens zustehen.

ARTIKEL 9

Öffentliche Auftragsvergabe

Die Schweiz wendet ihr nationales Vergaberecht in Übereinstimmung mit Anhang 4 des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation („Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen“)¹ und des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens² an.

Die Schweiz übermittelt der Kommission eine Beschreibung ihrer Vergabeverfahren.

Außerdem liefert sie nach Maßgabe von Artikel 54 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 in jedem jährlichen Umsetzungsbericht Informationen über die durchgeführten Vergabeverfahren.

¹ ABI. EU L 336 vom 23.12.1994, S. 273.

² ABI. EU L 114 vom 30.4.2002, S. 430.

ARTIKEL 10

Finanzbeiträge

(1) Die von der Schweiz im Zeitraum von 2016 bis 2018 jährlich an den ISF – Grenzen und Visa zu leistenden Beiträge sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

(alle Beträge in EUR)

	2016	2017	2018
Schweiz	25 106 140	25 106 140	25 106 140

(2) Die Beiträge der Schweiz für die Jahre 2019 und 2020 werden auf der Grundlage ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach der im Anhang aufgeführten Formel als Prozentsatz des BIP aller am ISF – Grenzen und Visa beteiligten Staaten berechnet.

(3) Die Schweiz leistet die Finanzbeiträge gemäß diesem Artikel ungeachtet des Zeitpunkts der Annahme ihres nationalen Programms nach Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014.

ARTIKEL 11

Verwendung der Finanzbeiträge

- (1) Der Gesamtbetrag der jährlichen Zahlungen für 2016 und 2017 wird wie folgt zugewiesen:
- a) 75 % für die Halbzeitüberprüfung gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014;
 - b) 15 % für die Entwicklung von IT-Systemen gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014, sofern die entsprechenden Rechtsakte der Union bis zum 30. Juni 2017 angenommen werden;
 - c) 10 % für Unionsmaßnahmen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 und für Soforthilfe gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014.

Wird der Betrag gemäß Buchstabe b des vorliegenden Absatzes nicht zugewiesen oder ausgegeben, weist die Kommission ihn nach dem Verfahren des Artikels 5 Absatz 5 Buchstabe b Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 den spezifischen Maßnahmen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 neu zu.

Tritt dieses Abkommen nicht bis zum 1. Juni 2017 in Kraft oder wird es bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorläufig angewandt, wird der gesamte von der Schweiz geleistete Beitrag gemäß Absatz 2 dieses Artikels verwendet.

(2) Der Gesamtbetrag der jährlichen Zahlungen für 2018, 2019 und 2020 wird wie folgt zugewiesen:

- a) 40 % für die spezifischen Maßnahmen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014;
- b) 50 % für die Entwicklung von IT-Systemen gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014, sofern die entsprechenden Rechtsakte der Union bis zum 31. Dezember 2018 angenommen werden;
- c) 10 % für Unionsmaßnahmen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 und für Soforthilfe gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014.

Wird der Betrag gemäß Buchstabe b des vorliegenden Absatzes nicht zugewiesen oder ausgegeben, weist die Kommission ihn nach dem Verfahren des Artikels 5 Absatz 5 Buchstabe b Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 den spezifischen Maßnahmen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 neu zu.

(3) Die für die Halbzeitüberprüfung, die Unionsmaßnahmen, die spezifischen Maßnahmen oder das Programm für die Entwicklung von IT-Systemen zugewiesenen zusätzlichen Beträge werden gemäß dem einschlägigen Verfahren einer der folgenden Bestimmungen verwendet:

- a) Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014;

- b) Artikel 8 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014;
- c) Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014;
- d) Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014.

(4) Die Kommission kann jedes Jahr bis zu 181 424 EUR der Zahlungen der Schweiz zur Deckung der Verwaltungsausgaben für interne oder externe Mitarbeiter verwenden, die die Schweiz bei der Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 und dieses Abkommens unterstützen.

ARTIKEL 12

Vertraulichkeit

Die aufgrund dieses Abkommens mitgeteilten oder eingeholten Informationen unterliegen ungeachtet der Form ihrer Übermittlung dem Amtsgeheimnis und genießen den Schutz, den die für die Organe der Union geltenden Vorschriften sowie das Recht der Schweiz für vergleichbare Informationen vorsehen. Diese Informationen dürfen nur an Personen weitergegeben werden, die in den Organen der Union, in den Mitgliedstaaten oder in der Schweiz aufgrund ihrer amtlichen Eigenschaft davon Kenntnis erhalten müssen, und zu keinem anderen Zweck als zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der finanziellen Interessen der Vertragsparteien verwendet werden.

ARTIKEL 13

Benennung der zuständigen Behörde

- (1) Die Schweiz unterrichtet die Kommission so bald wie möglich nach der Genehmigung des nationalen Programms über die förmliche Benennung – auf Ministerebene – der Behörde, die für die Verwaltung und Kontrolle von Ausgaben im Rahmen des ISF – Grenzen und Visa zuständig ist.
- (2) Die Benennung gemäß Absatz 1 erfolgt unter der Bedingung, dass die Einrichtung die in oder auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 festgelegten Benennungskriterien zu internem Umfeld, Kontrolltätigkeiten, Information und Kommunikation sowie Monitoring erfüllt.
- (3) Die Benennung einer zuständigen Behörde basiert auf einer Stellungnahme einer Prüfstelle, bei der es sich um die Prüfbehörde handeln kann, die die Erfüllung der Benennungskriterien durch die zuständige Behörde bewertet. Diese Stelle kann die eigenständige öffentliche Einrichtung sein, die für Monitoring, Evaluierung und Prüfung der Verwaltung zuständig ist. Die Prüfstelle übt ihre Tätigkeit unabhängig von der zuständigen Behörde aus; sie arbeitet nach international anerkannten Prüfstandards. Die Schweiz kann ihre Entscheidung über die Benennung darauf gründen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme im Wesentlichen die gleichen sind wie im vorausgegangenen Zeitraum und ob ihre Tätigkeit wirksam war. Zeigt sich anhand der vorliegenden Prüfungs- und Kontrollergebnisse, dass die benannte Einrichtung die Benennungskriterien nicht mehr erfüllt, ergreift die Schweiz die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Mängel bei der Wahrnehmung der Aufgaben dieser Einrichtung behoben werden, einschließlich der Aufhebung der Benennung.

ARTIKEL 14

Haushaltsjahr

Für die Zwecke dieses Abkommens erfasst das Haushaltsjahr, auf das in Artikel 60 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 verwiesen wird, sämtliche Ausgaben und Einnahmen, die im Zeitraum vom 16. Oktober des Jahres "N-1" bis zum 15. Oktober des Jahres "N" erfolgt sind und von der zuständigen Behörde verbucht wurden.

ARTIKEL 15

Förderfähigkeit von Ausgaben

Abweichend von Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe b und Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 sind Ausgaben förderfähig, wenn sie von der zuständigen Behörde vor deren förmlicher Benennung nach Artikel 13 dieses Abkommens gezahlt wurden, vorausgesetzt, dass die davor angewendeten Verwaltungs- und Kontrollsysteme im Wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die nach der förmlichen Benennung der zuständigen Behörde gelten.

ARTIKEL 16

Antrag auf Zahlung des Jahressaldos

(1) Die Schweiz übermittelt der Kommission bis zum 15. Februar des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres die erforderlichen Informationen und Unterlagen gemäß Artikel 60 Absatz 5 Unterabsatz 1 Buchstaben b und c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012.

Abweichend von Artikel 44 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 und gemäß Artikel 60 Absatz 5 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 übermittelt die Schweiz der Kommission bis zum 15. März des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den Bestätigungsvermerk gemäß Artikel 60 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012.

Die gemäß diesem Absatz übermittelten Unterlagen dienen als Antrag auf Zahlung des Jahressaldos.

(2) Die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Unterlagen werden gemäß den von der Kommission auf der Grundlage von Artikel 44 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 angenommenen Mustern erstellt.

ARTIKEL 17

Bericht über die Durchführung

Abweichend von Artikel 54 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 und gemäß Artikel 60 Absatz 5 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 übermittelt die Schweiz der Kommission bis zum 15. Februar jeden Jahres bis einschließlich 2022 einen jährlichen Bericht über die Durchführung des nationalen Programms im vorausgegangenen Haushaltsjahr und kann diese Informationen auf der geeigneten Ebene veröffentlichen.

Der erste jährliche Bericht über die Durchführung des nationalen Programms wird am 15. Februar nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens oder dem Beginn seiner vorläufigen Anwendung übermittelt.

Der erste Bericht erstreckt sich auf die Haushaltsjahre ab 2014 bis zu dem Haushaltsjahr vor dem Zeitpunkt, zu dem gemäß Absatz 2 der erste jährliche Bericht übermittelt wird. Die Schweiz übermittelt bis zum 31. Dezember 2023 einen Schlussbericht über die Durchführung des nationalen Programms.

ARTIKEL 18

Elektronisches Datenaustauschsystem

Gemäß Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 514/2014 wird der gesamte offizielle Informationsaustausch zwischen der Schweiz und der Kommission über ein elektronisches Datenaustauschsystem abgewickelt, das die Kommission zu diesem Zweck bereitstellt.

ARTIKEL 19

Inkrafttreten

- (1) Verwahrer dieses Abkommens ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.
- (2) Die Vertragsparteien genehmigen dieses Abkommen nach ihren eigenen Verfahren. Sie notifizieren einander den Abschluss dieser Verfahren.
- (3) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des ersten Monats nach dem Tag der letzten Notifikation gemäß Absatz 2 in Kraft.

(4) Unbeschadet etwaiger verfassungsmäßiger Erfordernisse wenden die Vertragsparteien das Abkommen mit Ausnahme von Artikel 5 ab dem Tag nach seiner Unterzeichnung vorläufig an.

ARTIKEL 20

Gültigkeit und Beendigung

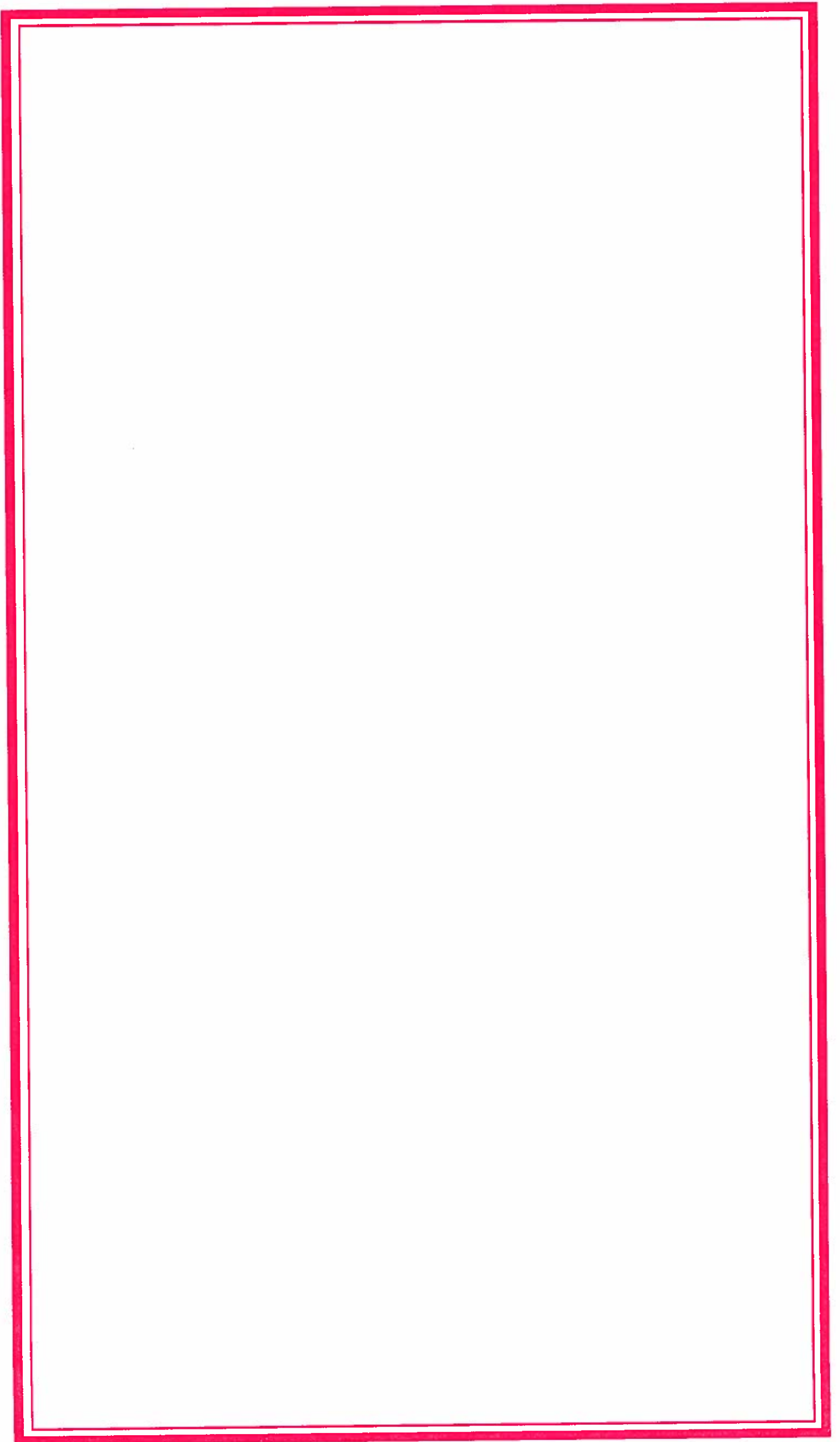
(1) Die Union oder die Schweiz können dieses Abkommen durch Notifizierung der anderen Vertragspartei kündigen. Das Abkommen tritt drei Monate nach dem Tag dieser Notifizierung außer Kraft. Zum Zeitpunkt der Beendigung laufende Projekte und Maßnahmen werden entsprechend den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen fortgeführt. Sonstige Folgen der Beendigung werden von den Vertragsparteien des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen geregelt.

(2) Dieses Abkommen gilt als beendet, wenn das Assoziierungsabkommen mit der Schweiz gemäß dessen Artikel 7 Absatz 4, Artikel 10 Absatz 3 oder Artikel 17 beendet wird.

ARTIKEL 21

Sprachen

Dieses Abkommen ist in einer doppelten Urschrift in deutscher, französischer, italienischer, bulgarischer, dänischer, englischer, estnischer, finnischer, griechischer, kroatischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.



ACCORD
ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
ET L'UNION EUROPÉENNE
SUR LES RÈGLES COMPLÉMENTAIRES
RELATIVES À L'INSTRUMENT DE SOUTIEN FINANCIER
DANS LE DOMAINE DES FRONTIÈRES EXTÉRIEURES
ET DES VISAS, DANS LE CADRE DU FONDS
POUR LA SÉCURITÉ INTÉRIEURE,
POUR LA PÉRIODE 2014-2020

CH/EU/fr 1

CH/EU/fr 2

LA CONFÉDÉRATION SUISSE, ci-après dénommée "Suisse",

et

L'UNION EUROPÉENNE, ci-après dénommée "Union",

ci-après conjointement dénommées "parties",

VU l'accord entre l'Union européenne, la Communauté européenne et la Confédération suisse sur l'association de la Confédération suisse à la mise en œuvre, à l'application et au développement de l'acquis de Schengen¹ (ci-après dénommé "accord d'association avec la Suisse"),

CONSIDÉRANT CE QUI SUIT:

- (1) L'Union a mis en place l'instrument de soutien financier dans le domaine des frontières extérieures et des visas dans le cadre du Fonds pour la sécurité intérieure au moyen du règlement (UE) n° 515/2014 du Parlement européen et du Conseil².
- (2) Le règlement (UE) n° 515/2014 constitue un développement de l'acquis de Schengen au sens de l'accord d'association avec la Suisse.

¹ JO UE L 53 du 27.2.2008, p. 52.

² Règlement (UE) n° 515/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 portant création, dans le cadre du Fonds pour la sécurité intérieure, de l'instrument de soutien financier dans le domaine des frontières extérieures et des visas et abrogeant la décision n° 574/2007/CE (JO UE L 150 du 20.5.2014, p. 143).

- (3) Étant donné que le règlement (UE) n° 514/2014 du Parlement européen et du Conseil¹ a une incidence directe sur l'application des dispositions du règlement (UE) n° 515/2014 et affecte ainsi le cadre juridique de ce dernier, et que les procédures définies dans l'accord d'association avec la Suisse ont été appliquées lors de l'adoption du règlement (UE) n° 514/2014, qui a été notifiée à la Suisse, les parties reconnaissent que le règlement (UE) n° 514/2014 constitue un développement de l'acquis de Schengen au sens de l'accord d'association avec la Suisse dans la mesure où il est nécessaire à la mise en œuvre du règlement (UE) n° 515/2014.
- (4) L'article 5, paragraphe 7, du règlement (UE) n° 515/2014 prévoit que les pays associés à la mise en œuvre, à l'application et au développement de l'acquis de Schengen, parmi lesquels la Suisse, participent à l'instrument conformément aux dispositions dudit règlement et que des accords doivent être conclus en vue de déterminer les contributions financières de ces pays et les règles complémentaires nécessaires à une telle participation, y compris des dispositions visant à assurer la protection des intérêts financiers de l'Union et le pouvoir de contrôle de la Cour des comptes.
- (5) L'instrument de soutien financier dans le domaine des frontières extérieures et des visas dans le cadre du Fonds pour la sécurité intérieure (ci-après dénommé "FSI – Frontières et visas") constitue un instrument particulier dans le contexte de l'acquis de Schengen, qui a été conçu pour assurer un partage des charges et un soutien financier dans le domaine des frontières extérieures et de la politique des visas dans les États membres et les États associés.

¹ Règlement (UE) n° 514/2014 du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 portant dispositions générales applicables au Fonds "Asile, migration et intégration" et à l'instrument de soutien financier à la coopération policière, à la prévention et à la répression de la criminalité, ainsi qu'à la gestion des crises (JO UE L 150 du 20.5.2014, p. 112).

- (6) L'article 60 du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012 du Parlement européen et du Conseil¹ prévoit des règles relatives à la gestion indirecte qui sont applicables lorsque des pays tiers, y compris des États associés, se voient confier des tâches d'exécution du budget.
- (7) L'article 17, paragraphe 4, du règlement (UE) n° 514/2014 prévoit l'éligibilité des dépenses payées en 2014 par une autorité responsable avant que celle-ci ait été désignée formellement, garantissant ainsi une transition fluide entre le Fonds pour les frontières extérieures et le Fonds pour la sécurité intérieure. Il convient de rendre également compte de cette préoccupation dans le présent accord. Ce dernier n'étant pas entré en vigueur avant la fin de 2014, il est indispensable de garantir l'éligibilité des dépenses payées avant et jusqu'à la date de désignation formelle de l'autorité responsable, à condition que les systèmes de gestion et de contrôle appliqués avant cette date soient pour l'essentiel identiques à ceux en vigueur après la désignation formelle de l'autorité responsable.
- (8) Afin de faciliter le calcul et l'utilisation des contributions annuelles de la Suisse au FSI – Frontières et visas, ses contributions pour la période 2014-2020 seront payées en cinq tranches annuelles de 2016 à 2020. De 2016 à 2018, les contributions annuelles sont établies selon des montants fixes, alors que celles dues au titre des années 2019 et 2020 seront déterminées en 2019 sur la base du produit intérieur brut de l'ensemble des États participant au FSI – Frontières et visas, en prenant en considération les paiements réellement effectués,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

¹ Règlement (UE, Euratom) n° 966/2012 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 relatif aux règles financières applicables au budget général de l'Union et abrogeant le règlement (CE, Euratom) n° 1605/2002 du Conseil (JO UE L 298 du 26.10.2012, p. 1), modifié en dernier lieu par le règlement (UE, Euratom) n° 547/2014 du 15 mai 2014 (JO UE L 163 du 29.5.2014, p. 18).

ARTICLE 1

Champ d'application

Le présent accord définit les règles complémentaires nécessaires à la participation de la Suisse au FSI – Frontières et visas, conformément au règlement (UE) n° 515/2014.

ARTICLE 2

Gestion et contrôle financiers

1. La Suisse prend les mesures nécessaires en vue de garantir le respect des dispositions applicables en matière de gestion et de contrôle financiers qui sont prévues dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne ("TFUE") et dans le droit de l'Union dont la base juridique découle du TFUE.

Les dispositions du TFUE et du droit dérivé visées au premier alinéa sont les suivantes:

- a) article 287, paragraphes 1, 2 et 3, du TFUE;
- b) articles 30, 32 et 57, article 58, paragraphe 1, point c) i), article 60, article 79, paragraphe 2, et article 108, paragraphe 2, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012;

- c) articles 32, 38, 42, 84, 88, 142 et 144 du règlement délégué (UE) n° 1268/2012 de la Commission¹;
- d) règlement (Euratom, CE) n° 2185/96 du Conseil²;
- e) règlement (UE, Euratom) n° 883/2013 du Parlement européen et du Conseil³.

Les parties peuvent, d'un commun accord, décider de modifier cette liste.

2. La Suisse applique sur son territoire les dispositions visées au paragraphe 1, conformément au présent accord.

¹ Règlement délégué (UE) n° 1268/2012 de la Commission du 29 octobre 2012 relatif aux règles d'application du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012 du Parlement européen et du Conseil relatif aux règles financières applicables au budget général de l'Union (JO UE L 362 du 31.12.2012, p. 1).

² Règlement (Euratom, CE) n° 2185/96 du Conseil du 11 novembre 1996 relatif aux contrôles et vérifications sur place effectués par la Commission pour la protection des intérêts financiers des Communautés européennes contre les fraudes et autres irrégularités (JO CE L 292 du 15.11.1996, p. 2).

³ Règlement (UE, Euratom) n° 883/2013 du Parlement européen et du Conseil du 11 septembre 2013 relatif aux enquêtes effectuées par l'Office européen de lutte antifraude (OLAF) et abrogeant le règlement (CE) n° 1073/1999 du Parlement européen et du Conseil et le règlement (Euratom) n° 1074/1999 du Conseil (JO UE L 248 du 18.9.2013, p. 1).

ARTICLE 3

Respect du principe de bonne gestion financière

Les fonds alloués à la Suisse au titre du FSI – Frontières et visas sont utilisés dans le respect du principe de bonne gestion financière.

ARTICLE 4

Respect du principe interdisant les conflits d'intérêts

Il est interdit à tout acteur financier et à toute autre personne participant à l'exécution et à la gestion du budget, y compris aux actes de préparation budgétaire, ainsi qu'à l'audit ou au contrôle, et agissant sur le territoire de la Suisse de prendre une quelconque mesure qui pourrait occasionner un conflit entre ses propres intérêts et ceux de l'Union.

ARTICLE 5

Exécution forcée

Les décisions prises par la Commission qui comportent, à la charge des personnes autres que les États, une obligation pécuniaire forment titre exécutoire sur le territoire de la Suisse.

L'exécution forcée est régie par les règles de la procédure civile en vigueur en Suisse. La formule exécutoire d'une décision est apposée sur cette décision, sans autre contrôle que celui de la vérification de l'authenticité du titre, par l'autorité nationale que le gouvernement de la Suisse désigne à cet effet et dont il donne connaissance à la Commission.

Après l'accomplissement de ces formalités à la demande de la Commission, celle-ci peut poursuivre l'exécution forcée conformément au droit national en saisissant directement l'organe compétent.

L'exécution forcée ne peut être suspendue qu'en vertu d'une décision de la Cour de justice de l'Union européenne. Toutefois, le contrôle de la régularité des mesures d'exécution relève de la compétence des juridictions de la Suisse.

ARTICLE 6

Protection des intérêts financiers de l'Union contre la fraude

1. La Suisse:
 - a) combat la fraude et toute autre activité illégale portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union par des mesures qui sont dissuasives et offrent une protection effective sur le territoire de la Suisse;

- b) prend les mêmes mesures pour combattre la fraude portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union que celles qu'elle prend pour combattre la fraude portant atteinte à ses propres intérêts financiers; et
- c) coordonne son action visant à protéger les intérêts financiers de l'Union avec les États membres et la Commission.

2. La Suisse adopte des mesures équivalentes à celles que l'Union a adoptées conformément à l'article 325, paragraphe 4, du TFUE et qui sont en vigueur à la date de la signature du présent accord.

Les parties peuvent décider, d'un commun accord, d'adopter des mesures équivalentes à toute mesure ultérieure adoptée par l'Union en application dudit article.

ARTICLE 7

Contrôles et vérifications sur place effectués par la Commission (OLAF)

Sans préjudice des droits qui lui sont conférés par l'article 5, paragraphe 8, du règlement (UE) n° 514/2014, la Commission [l'Office européen de lutte antifraude (OLAF)] est autorisée à effectuer des contrôles et vérifications sur place sur le territoire de la Suisse concernant le FSI – Frontières et visas, conformément aux conditions et modalités énoncées dans le règlement (Euratom, CE) n° 2185/96.

Les autorités de la Suisse facilitent les contrôles et vérifications sur place qui peuvent, si ces autorités le souhaitent, être effectués conjointement avec elles.

ARTICLE 8

Cour des comptes

Conformément à l'article 287, paragraphe 3, du TFUE et à la première partie, titre X, chapitre 1, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012, la Cour des comptes a la possibilité d'effectuer des contrôles dans les locaux de tout organisme gérant des recettes ou des dépenses au nom de l'Union sur le territoire de la Suisse concernant le FSI – Frontières et visas, y compris dans les locaux de toute personne physique ou morale bénéficiaire de versements provenant du budget.

En Suisse, les contrôles de la Cour des comptes sont effectués en liaison avec les organismes de contrôle nationaux ou, si ceux-ci ne disposent pas des compétences nécessaires, avec les services nationaux compétents. La Cour des comptes et les organismes de contrôle nationaux de la Suisse pratiquent une coopération empreinte de confiance et respectueuse de leur indépendance. Ces organismes ou services font connaître à la Cour des comptes s'ils entendent participer au contrôle.

La Cour des comptes bénéficie au moins des mêmes droits que ceux qui sont conférés à la Commission conformément à l'article 5, paragraphe 7, du règlement (UE) n° 514/2014 et à l'article 7 du présent accord.

ARTICLE 9

Marchés publics

La Suisse applique sa législation nationale en matière de marchés publics conformément aux dispositions de l'annexe 4 de l'accord instituant l'Organisation mondiale du commerce (accord sur les marchés publics)¹ et de l'accord entre la Communauté européenne et la Confédération suisse sur certains aspects relatifs aux marchés publics².

La Suisse fournit à la Commission une description de ses procédures en matière de marchés publics.

En outre, elle fournit des informations sur les procédures appliquées en matière de marchés publics dans chacun des rapports annuels de mise en œuvre visés à l'article 54 du règlement (UE) n° 514/2014.

¹ JO UE L 336 du 23.12.1994, p. 273.

² JO UE L 114 du 30.4.2002, p. 430.

ARTICLE 10

Contributions financières

1. Pour les années 2016 à 2018, la Suisse effectue des versements annuels au budget du FSI – Frontières et visas selon le tableau suivant:

(Tous les montants sont exprimés en euros)

	2016	2017	2018
Suisse	25 106 140	25 106 140	25 106 140

2. Les contributions de la Suisse pour les années 2019 et 2020 sont calculées en fonction du pourcentage que représente son produit intérieur brut (PIB) pour chacune de ces deux années dans le PIB de l'ensemble des États participant au FSI – Frontières et visas, conformément à la formule décrite à l'annexe.
3. Les contributions financières visées au présent article sont dues par la Suisse, indépendamment de la date d'adoption de son programme national visé à l'article 14 du règlement (UE) n° 514/2014.

ARTICLE 11

Utilisation des contributions financières

1. Le total des versements annuels de 2016 et 2017 est réparti comme suit:
 - a) 75 % pour l'examen à mi-parcours visé à l'article 8 du règlement (UE) n° 515/2014;
 - b) 15 % pour le développement de systèmes informatiques visé à l'article 15 du règlement (UE) n° 515/2014, sous réserve de l'adoption des actes juridiques pertinents de l'Union d'ici le 30 juin 2017;
 - c) 10 % pour les actions de l'Union visées à l'article 13 du règlement (UE) n° 515/2014 et pour l'aide d'urgence visée à l'article 14 du règlement (UE) n° 515/2014.

Lorsque le montant visé au point b) du présent paragraphe n'est pas attribué ou dépensé, la Commission le réattribue aux actions spécifiques visées à l'article 7 du règlement (UE) n° 515/2014, conformément à la procédure définie à l'article 5, paragraphe 5, point b), second alinéa, du règlement (UE) n° 515/2014.

Si le présent accord n'entre pas en vigueur ou n'est pas appliqué à titre provisoire d'ici le 1^{er} juin 2017, l'intégralité de la contribution de la Suisse est utilisée conformément au paragraphe 2 du présent article.

2. Le total des versements annuels de 2018, 2019 et 2020 est réparti comme suit:
 - a) 40 % pour les actions spécifiques visées à l'article 7 du règlement (UE) n° 515/2014;
 - b) 50 % pour le développement de systèmes informatiques visé à l'article 15 du règlement (UE) n° 515/2014, sous réserve de l'adoption des actes juridiques pertinents de l'Union d'ici le 31 décembre 2018;
 - c) 10 % pour les actions de l'Union visées à l'article 13 du règlement (UE) n° 515/2014 et pour l'aide d'urgence visée à l'article 14 du règlement (UE) n° 515/2014.

Lorsque le montant visé au point b) du présent paragraphe n'est pas attribué ou dépensé, la Commission le réattribue aux actions spécifiques visées à l'article 7 du règlement (UE) n° 515/2014, conformément à la procédure définie à l'article 5, paragraphe 5, point b), deuxième alinéa, du règlement (UE) n° 515/2014.

3. Les montants supplémentaires attribués à l'examen à mi-parcours, aux actions de l'Union, aux actions spécifiques ou au programme relatif au développement de systèmes informatiques sont utilisés conformément à la procédure pertinente énoncée dans l'une des dispositions suivantes:

- a) article 6, paragraphe 2, du règlement (UE) n° 514/2014;

- b) article 8, paragraphe 7, du règlement (UE) n° 515/2014;
- c) article 7, paragraphe 3, du règlement (UE) n° 515/2014;
- d) article 15, deuxième alinéa, du règlement (UE) n° 515/2014.

4. Chaque année, la Commission peut utiliser jusqu'à 181 424 EUR provenant des versements effectués par la Suisse afin de financer les dépenses administratives liées au personnel interne ou externe nécessaire pour soutenir la mise en œuvre par ce pays du règlement (UE) n° 515/2014 et du présent accord.

ARTICLE 12

Confidentialité

Les informations communiquées ou obtenues sous quelque forme que ce soit en vertu du présent accord sont couvertes par le secret professionnel et bénéficient de la protection accordée aux informations analogues par les dispositions applicables aux institutions de l'Union et par la législation de la Suisse. Ces informations ne peuvent être communiquées à des personnes autres que celles qui, au sein des institutions de l'Union, dans les États membres ou en Suisse, sont appelées à les connaître dans le cadre de leurs fonctions, ni être utilisées à d'autres fins que celles de garantir une protection effective des intérêts financiers des parties.

ARTICLE 13

Désignation de l'autorité responsable

1. La Suisse notifie à la Commission la désignation formelle, au niveau ministériel, de l'autorité responsable de la gestion et du contrôle des dépenses au titre du FSI – Frontières et visas, le plus rapidement possible après l'approbation du programme national.
2. Il est procédé à la désignation visée au paragraphe 1 à condition que l'organisme respecte les critères de désignation concernant l'environnement interne, les activités de contrôle, l'information et la communication, ainsi que le suivi, fixés dans le règlement (UE) n° 514/2014 ou sur la base de celui-ci.
3. La désignation d'une autorité responsable est fondée sur l'avis d'un organisme d'audit, pouvant être l'autorité d'audit, qui évalue le respect des critères de désignation par l'autorité responsable. Cet organisme peut être l'institution publique autonome chargée du suivi, de l'évaluation et de l'audit de l'administration. L'organisme d'audit fonctionne indépendamment de l'autorité responsable et effectue son travail conformément aux normes admises au niveau international en matière d'audit. Pour fonder sa décision quant à la désignation, la Suisse peut examiner si les systèmes de gestion et de contrôle sont essentiellement identiques à ceux qui étaient déjà en place au cours de la période précédente et dans quelle mesure ils ont fonctionné de manière efficace. Si les résultats des audits et contrôles existants montrent que l'organisme désigné ne respecte plus les critères de désignation, la Suisse prend les mesures nécessaires pour veiller à ce qu'il soit remédié aux lacunes dans l'exécution des tâches de cet organisme, y compris en mettant un terme à la désignation.

ARTICLE 14

Définition de l'exercice

Aux fins du présent accord, l'exercice visé à l'article 60, paragraphe 5, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012 couvre les dépenses payées et les recettes perçues et inscrites aux comptes de l'autorité responsable au cours de la période débutant le 16 octobre de l'année "N-1" et s'achevant le 15 octobre de l'année "N".

ARTICLE 15

Éligibilité des dépenses

Par dérogation à l'article 17, paragraphe 3, point b), et paragraphe 4, du règlement (UE) n° 514/2014, les dépenses sont éligibles lorsqu'elles ont été payées par l'autorité responsable avant que celle-ci ait été désignée formellement conformément à l'article 13 du présent accord, à condition que les systèmes de gestion et de contrôle appliqués avant cette désignation formelle soient pour l'essentiel identiques à ceux en vigueur après ladite désignation.

ARTICLE 16

Demande de paiement du solde annuel

1. Au plus tard le 15 février de l'année suivant la fin de l'exercice, la Suisse présente à la Commission les documents et informations requis à l'article 60, paragraphe 5, premier alinéa, points b) et c), du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012.

Par dérogation à l'article 44, paragraphe 1, du règlement (UE) n° 514/2014 et conformément à l'article 60, paragraphe 5, troisième alinéa, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012, la Suisse présente à la Commission l'avis visé à l'article 60, paragraphe 5, deuxième alinéa, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012 au plus tard le 15 mars de l'année suivant la fin de l'exercice.

Les documents présentés visés au présent paragraphe tiennent lieu de demande de paiement du solde annuel.

2. Les documents visés au paragraphe 1 du présent article sont rédigés selon les modèles adoptés par la Commission sur la base de l'article 44, paragraphe 3, du règlement (UE) n° 514/2014.

ARTICLE 17

Rapport de mise en œuvre

Par dérogation à l'article 54, paragraphe 1, du règlement (UE) n° 514/2014 et conformément à l'article 60, paragraphe 5, troisième alinéa, du règlement (UE, Euratom) n° 966/2012, la Suisse soumet à la Commission un rapport annuel sur la mise en œuvre du programme national au cours du précédent exercice au plus tard le 15 février de chaque année jusqu'en 2022 inclus et peut publier ces informations au niveau approprié.

Le premier rapport annuel sur la mise en œuvre du programme national est soumis le 15 février qui suit l'entrée en vigueur du présent accord ou le début de son application provisoire.

Le premier rapport couvre l'exercice de 2014 jusqu'à l'exercice précédant la date à laquelle ledit rapport doit être présenté conformément au deuxième alinéa. La Suisse présente un rapport final sur la mise en œuvre du programme national au plus tard le 31 décembre 2023.

ARTICLE 18

Système d'échange électronique de données

Conformément à l'article 24, paragraphe 5, du règlement (UE) n° 514/2014, tous les échanges officiels d'informations entre la Suisse et la Commission s'effectuent au moyen d'un système d'échange électronique de données prévu à cet effet par la Commission.

ARTICLE 19

Entrée en vigueur

1. Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne est dépositaire du présent accord.
2. Les parties approuvent le présent accord selon les procédures qui leur sont propres. Elles se notifient mutuellement l'accomplissement de ces procédures.
3. Le présent accord entre en vigueur le premier jour du premier mois suivant la date de la dernière notification visée au paragraphe 2.

4. À l'exception de l'article 5, les parties appliquent le présent accord à titre provisoire à partir du jour suivant celui de sa signature, sans préjudice d'éventuelles obligations constitutionnelles.

ARTICLE 20

Validité et dénonciation

1. L'Union ou la Suisse peut dénoncer le présent accord en notifiant sa décision à l'autre partie. L'accord cesse d'être applicable trois mois après la date de cette notification. Les projets et les activités en cours au moment de la dénonciation sont poursuivis aux conditions énoncées dans le présent accord. Les parties règlent d'un commun accord les autres conséquences éventuelles de la dénonciation.

2. Le présent accord cesse d'être applicable lorsque l'accord d'association avec la Suisse cesse d'être applicable conformément à l'article 7, paragraphe 4, à l'article 10, paragraphe 3, ou à l'article 17 dudit accord.

ARTICLE 21

Langues

Le présent accord est établi en double exemplaire original en langues allemande, française, italienne, anglaise, bulgare, croate, danoise, espagnole, estonienne, finnoise, grecque, hongroise, lettone, lituanienne, maltaise, néerlandaise, polonaise, portugaise, roumaine, slovaque, slovène, suédoise et tchèque, chacun de ces textes faisant également foi.

C

C

C

C

ACCORDO
TRA LA CONFEDERAZIONE SVIZZERA
E L'UNIONE EUROPEA
SU DISPOSIZIONI COMPLEMENTARI
IN RELAZIONE ALLO STRUMENTO
DI SOSTEGNO FINANZIARIO
PER LE FRONTIERE ESTERNE E I VISTI,
NELL'AMBITO DEL FONDO SICUREZZA INTERNA,
PER IL PERIODO 2014-2020

CH/EU/it 1

CH/EU/it 2

LA CONFEDERAZIONE SVIZZERA, di seguito denominata "Svizzera",

e

L'UNIONE EUROPEA, di seguito denominata "Unione",

di seguito denominate congiuntamente "parti"

VISTO l'accordo tra l'Unione europea, la Comunità europea e la Confederazione svizzera, riguardante l'associazione della Confederazione svizzera all'attuazione, all'applicazione e allo sviluppo dell'*acquis* di Schengen¹ ("accordo di associazione con la Svizzera"),

CONSIDERANDO QUANTO SEGUE:

- (1) L'Unione ha istituito lo strumento di sostegno finanziario per le frontiere esterne e i visti, nell'ambito del Fondo sicurezza interna, mediante il regolamento (UE) n. 515/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio².
- (2) Il regolamento (UE) n. 515/2014 costituisce uno sviluppo delle disposizioni dell'*acquis* di Schengen ai sensi dell'accordo di associazione con la Svizzera.

¹ GU UE L 53 del 27.2.2008, pag. 52.

² Regolamento (UE) n. 515/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 16 aprile 2014, che istituisce, nell'ambito del Fondo sicurezza interna, lo strumento di sostegno finanziario per le frontiere esterne e i visti e che abroga la decisione n. 574/2007/CE (GU UE L 150 del 20.5.2014, pag. 143).

- (3) Poiché il regolamento (UE) n. 514/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio¹ ha un impatto diretto sull'applicazione delle disposizioni del regolamento (UE) n. 515/2014, incidendo pertanto sul quadro giuridico di quest'ultimo, e poiché le procedure stabilite nell'accordo di associazione con la Svizzera sono state applicate per l'adozione del regolamento (UE) n. 514/2014, che è stata notificata alla Svizzera, le parti riconoscono che il regolamento (UE) n. 514/2014 costituisce uno sviluppo dell'*acquis* di Schengen ai sensi dell'accordo di associazione con la Svizzera nella misura in cui è necessario per l'attuazione del regolamento (UE) n. 515/2014.
- (4) L'articolo 5, paragrafo 7, del regolamento (UE) n. 515/2014 stabilisce che i paesi associati all'attuazione, all'applicazione e allo sviluppo dell'*acquis* di Schengen - tra cui la Svizzera - partecipino allo strumento a norma del regolamento stesso e che siano conclusi accordi contenenti le disposizioni relative al contributo finanziario di tali paesi e le disposizioni complementari necessarie in relazione a detta partecipazione, in particolare disposizioni che tutelino gli interessi finanziari dell'Unione e il potere di controllo della Corte dei conti.
- (5) Lo strumento di sostegno finanziario per le frontiere esterne e i visti, nell'ambito del Fondo sicurezza interna ("ISF-Frontiere e visti"), costituisce uno strumento specifico nel contesto dell'*acquis* di Schengen concepito ai fini della ripartizione degli oneri e del sostegno finanziario nel settore delle frontiere esterne e della politica dei visti negli Stati membri e negli Stati associati.

¹ Regolamento (UE) n. 514/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 16 aprile 2014, recante disposizioni generali sul Fondo asilo, migrazione e integrazione e sullo strumento di sostegno finanziario per la cooperazione di polizia, la prevenzione e la lotta alla criminalità e la gestione delle crisi (GU UE L 150 del 20.5.2014, pag. 112).

- (6) L'articolo 60 del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio¹ stabilisce norme sulla gestione indiretta applicabili laddove funzioni di esecuzione del bilancio siano affidate a paesi terzi, compresi Stati associati.
- (7) L'articolo 17, paragrafo 4, del regolamento (UE) n. 514/2014 prevede che le spese sostenute nel 2014 siano ammissibili anche se l'autorità responsabile le ha versate prima della designazione ufficiale, agevolando così la transizione tra il Fondo per le frontiere esterne e il Fondo sicurezza interna. Analogamente, è importante che il presente accordo tenga conto dello stesso obiettivo. Dato che il presente accordo non è entrato in vigore prima della fine del 2014, è fondamentale garantire l'ammissibilità delle spese sostenute prima della designazione ufficiale dell'autorità responsabile e fino a tale designazione, a condizione che i sistemi di gestione e di controllo applicati prima di tale designazione siano essenzialmente identici a quelli vigenti dopo la designazione ufficiale dell'autorità responsabile.
- (8) Per facilitare il calcolo e l'uso dei contributi annuali della Svizzera all'ISF-Frontiere e visti, i suoi contributi per il periodo 2014-2020 saranno versati in cinque rate annuali dal 2016 al 2020. Dal 2016 al 2018 i contributi annuali sono stabiliti in importi fissi, mentre i contributi per gli anni 2019 e 2020 saranno stabiliti nel 2019 sulla base del prodotto interno lordo di tutti gli Stati partecipanti all'ISF-Frontiere e visti, tenendo conto dei pagamenti realmente effettuati,

HANNO CONVENUTO QUANTO SEGUE:

¹ Regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 25 ottobre 2012, che stabilisce le regole finanziarie applicabili al bilancio generale dell'Unione e che abroga il regolamento (CE, Euratom) n. 1605/2002 (GU UE L 298 del 26.10.2012, pag. 1), come da ultimo modificato dal regolamento (UE, Euratom) n. 547/2014 del 15 maggio 2014 (GU UE L 163 del 29.5.2014, pag. 18).

ARTICOLO 1

Ambito di applicazione

Il presente accordo stabilisce le disposizioni complementari necessarie per la partecipazione della Svizzera all'ISF-Frontiere e visti in conformità del regolamento (UE) n. 515/2014.

ARTICOLO 2

Gestione finanziaria e controllo

1. La Svizzera adotta le misure necessarie per garantire l'osservanza delle disposizioni relative alla gestione finanziaria e al controllo previste dal trattato sul funzionamento dell'Unione europea ("TFUE") e dal diritto dell'Unione che trae la propria base giuridica dal TFUE.

Le disposizioni del TFUE e del diritto derivato di cui al primo comma sono le seguenti:

- a) articolo 287, paragrafi 1, 2 e 3, TFUE;
- b) articoli 30, 32 e 57, articolo 58, paragrafo 1, lettera c), punto i), articolo 60, articolo 79, paragrafo 2, e articolo 108, paragrafo 2, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012;

- c) articoli 32, 38, 42, 84, 88, 142 e 144 del regolamento delegato (UE) n. 1268/2012 della Commissione¹;
- d) regolamento (Euratom, CE) n. 2185/96 del Consiglio²;
- e) regolamento (UE, Euratom) n. 883/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio³.

Le parti possono decidere di comune accordo di modificare tale elenco.

- 2. La Svizzera applica sul suo territorio le disposizioni di cui al paragrafo 1 conformemente al presente accordo.

¹ Regolamento delegato (UE) n. 1268/2012 della Commissione, del 29 ottobre 2012, recante le modalità di applicazione del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio che stabilisce le regole finanziarie applicabili al bilancio generale dell'Unione (GU UE L 362 del 31.12.2012, pag. 1).

² Regolamento (Euratom, CE) n. 2185/96 del Consiglio, dell'11 novembre 1996, relativo ai controlli e alle verifiche sul posto effettuati dalla Commissione ai fini della tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee contro le frodi e altre irregolarità (GU CE L 292 del 15.11.1996, pag. 2).

³ Regolamento (UE, Euratom) n. 883/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'11 settembre 2013, relativo alle indagini svolte dall'Ufficio europeo per la lotta antifrode (OLAF) e che abroga il regolamento (CE) n. 1073/1999 del Parlamento europeo e del Consiglio e il regolamento (Euratom) n. 1074/1999 del Consiglio (GU UE L 248 del 18.9.2013, pag. 1).

ARTICOLO 3

Rispetto del principio di sana gestione finanziaria

I fondi assegnati alla Svizzera nell'ambito dell'ISF-Frontiere e visti sono utilizzati conformemente al principio di sana gestione finanziaria.

ARTICOLO 4

Rispetto del principio che vieta i conflitti d'interesse

È fatto divieto agli agenti finanziari e alle altre persone partecipanti all'esecuzione del bilancio e alla gestione, compresi i relativi atti preparatori, alla revisione contabile o al controllo sul territorio della Svizzera di adottare azioni da cui possa derivare un conflitto tra i loro interessi e quelli dell'Unione.

ARTICOLO 5

Esecuzione

Le decisioni della Commissione che impongano un obbligo pecuniario a carico di soggetti diversi dagli Stati costituiscono titolo esecutivo nel territorio della Svizzera.

L'esecuzione forzata è regolata dalle norme di procedura civile vigenti in Svizzera. La formula esecutiva di una decisione è apposta alla decisione stessa, senza alcuna formalità se non la verifica dell'autenticità della decisione, dall'autorità nazionale che il governo della Svizzera designa a tal fine, e viene comunicata alla Commissione.

Assolte tali formalità a richiesta della Commissione, quest'ultima può ottenere l'esecuzione forzata secondo il diritto nazionale richiedendola direttamente all'autorità competente.

L'esecuzione può essere sospesa soltanto in virtù di una decisione della Corte di giustizia dell'Unione europea. Tuttavia, il controllo della regolarità dei provvedimenti esecutivi è di competenza delle giurisdizioni della Svizzera.

ARTICOLO 6

Tutela degli interessi finanziari dell'Unione contro la frode

- I. La Svizzera:
 - a) combatte contro la frode e le altre attività illegali che ledono gli interessi finanziari dell'Unione mediante misure che siano dissuasive e tali da permettere una protezione efficace in Svizzera;

- b) adotta, per combattere contro la frode che lede gli interessi finanziari dell'Unione, le stesse misure che adotta per combattere contro la frode che lede i propri interessi finanziari; e
- c) coordina l'azione diretta a tutelare gli interessi finanziari dell'Unione con gli Stati membri e con la Commissione.

2. La Svizzera adotta misure equivalenti a quelle adottate dall'Unione conformemente all'articolo 325, paragrafo 4, TFUE, in vigore alla data della firma del presente accordo.

Le parti possono decidere di comune accordo di adottare misure equivalenti a quelle successivamente adottate dall'Unione conformemente a tale articolo.

ARTICOLO 7

Controlli e verifiche sul posto effettuati dalla Commissione (OLAF)

Fatti salvi i diritti conferitile dall'articolo 5, paragrafo 8, del regolamento (UE) n. 514/2014, la Commissione (Ufficio europeo per la lotta antifrode, OLAF) è autorizzata a effettuare, in relazione all'ISF-Frontiere e visti, controlli e verifiche sul posto sul territorio della Svizzera nel rispetto delle modalità e delle condizioni stabilite dal regolamento (Euratom, CE) n. 2185/96.

Le autorità della Svizzera agevolano i controlli e le verifiche sul posto, che possono, se tali autorità lo desiderano, essere effettuati congiuntamente dalla Commissione e da tali autorità.

ARTICOLO 8

Corte dei conti

In virtù dell'articolo 287, paragrafo 3, TFUE e della parte prima, titolo X, capo 1, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012, la Corte dei conti ha la possibilità di effettuare, per quanto riguarda l'ISF-Frontiere e visti, controlli nei locali di qualsiasi organismo che gestisca le entrate o le spese per conto dell'Unione nel territorio della Svizzera, compresi i locali di persone fisiche o giuridiche che ricevano contributi a carico del bilancio.

Il controllo della Corte dei conti in Svizzera si effettua in collaborazione con le istituzioni nazionali di controllo o, se queste non hanno la necessaria competenza, con i servizi nazionali competenti. La Corte dei conti e le istituzioni nazionali di controllo della Svizzera cooperano in uno spirito di reciproca fiducia, pur mantenendo la loro indipendenza. Tali istituzioni o servizi comunicano alla Corte dei conti se intendono partecipare al controllo.

La Corte dei conti ha come minimo diritti uguali a quelli conferiti alla Commissione ai sensi dell'articolo 5, paragrafo 7, del regolamento (UE) n. 514/2014 e dell'articolo 7 del presente accordo.

ARTICOLO 9

Appalti pubblici

La Svizzera applica le disposizioni di diritto interno in materia di appalti pubblici secondo le disposizioni dell'allegato 4 dell'accordo che istituisce l'Organizzazione mondiale del commercio (accordo relativo agli appalti pubblici)¹ e dell'accordo tra la Comunità Europea e la Confederazione svizzera su alcuni aspetti relativi agli appalti pubblici².

La Svizzera fornisce alla Commissione una descrizione delle sue procedure in materia di appalti pubblici.

Fornisce inoltre, in ogni relazione annuale di esecuzione di cui all'articolo 54 del regolamento (UE) n. 514/2014, informazioni sulle procedure in materia di appalti pubblici applicate.

¹ GU UE L 336 del 23.12.1994, pag. 273.

² GU UE L 114 del 30.4.2002, pag. 430.

ARTICOLO 10

Contributi finanziari

1. Per gli anni dal 2016 al 2018, la Svizzera provvede a versamenti annuali al bilancio dell'ISF-Frontiere e visti conformemente alla tabella seguente:

(in EUR)

	2016	2017	2018
Svizzera	25 106 140	25 106 140	25 106 140

2. I contributi della Svizzera per gli anni 2019 e 2020 sono calcolati con riferimento al suo prodotto interno lordo (PIL) ed espressi in percentuale del PIL di tutti gli Stati partecipanti all'ISF-Frontiere e visti, secondo la formula descritta nell'allegato.
3. La Svizzera versa i contributi finanziari di cui al presente articolo indipendentemente dalla data di adozione del suo programma nazionale di cui all'articolo 14 del regolamento (UE) n. 514/2014.

ARTICOLO 11

Uso dei contributi finanziari

1. L'importo totale dei pagamenti annuali del 2016 e 2017 è assegnato come segue:
 - a) il 75% alla revisione intermedia di cui all'articolo 8 del regolamento (UE) n. 515/2014;
 - b) il 15% allo sviluppo di sistemi informatici di cui all'articolo 15 del regolamento (UE) n. 515/2014, fatta salva l'adozione dei pertinenti atti legislativi dell'Unione entro il 30 giugno 2017;
 - c) il 10% alle azioni dell'Unione di cui all'articolo 13 del regolamento (UE) n. 515/2014 e all'assistenza emergenziale di cui all'articolo 14 del regolamento (UE) n. 515/2014.

Qualora l'importo di cui al presente paragrafo, lettera b), non sia assegnato né speso, la Commissione, mediante la procedura di cui all'articolo 5, paragrafo 5, lettera b), secondo comma, del regolamento (UE) n. 515/2014, lo riassegna alle azioni specifiche di cui all'articolo 7 del regolamento (UE) n. 515/2014.

Se il presente accordo non entra in vigore né è applicato a titolo provvisorio entro il 1° giugno 2017, il contributo totale della Svizzera è utilizzato conformemente al paragrafo 2 del presente articolo.

2. L'importo totale dei pagamenti annuali del 2018, del 2019 e del 2020 è assegnato come segue:

- a) il 40% alle azioni specifiche di cui all'articolo 7 del regolamento (UE) n. 515/2014;
- b) il 50% allo sviluppo di sistemi informatici di cui all'articolo 15 del regolamento (UE) n. 515/2014, fatta salva l'adozione dei pertinenti atti legislativi dell'Unione entro il 31 dicembre 2018;
- c) il 10% alle azioni dell'Unione di cui all'articolo 13 del regolamento (UE) n. 515/2014 e all'assistenza emergenziale di cui all'articolo 14 del regolamento (UE) n. 515/2014.

Qualora l'importo di cui al presente paragrafo, lettera b), non sia assegnato né speso, la Commissione, mediante la procedura di cui all'articolo 5, paragrafo 5, lettera b), secondo comma, del regolamento (UE) n. 515/2014, lo riassegna alle azioni specifiche di cui all'articolo 7 del regolamento (UE) n. 515/2014.

3. Gli importi aggiuntivi assegnati alla revisione intermedia, alle azioni dell'Unione, alle azioni specifiche o al programma relativo allo sviluppo di sistemi informatici sono utilizzati secondo la rispettiva procedura prevista da una delle seguenti disposizioni:

- a) articolo 6, paragrafo 2, del regolamento (UE) n. 514/2014;

- b) articolo 8, paragrafo 7, del regolamento (UE) n. 515/2014;
- c) articolo 7, paragrafo 3, del regolamento (UE) n. 515/2014;
- d) articolo 15, secondo comma, del regolamento (UE) n. 515/2014.

4. Ogni anno la Commissione può utilizzare fino a 181 424 EUR dei contributi versati dalla Svizzera per finanziare le spese amministrative relative al personale interno o esterno necessario per l'attuazione del regolamento (UE) n. 515/2014 e del presente accordo da parte della Svizzera.

ARTICOLO 12

Riservatezza

Le informazioni comunicate o acquisite a norma del presente accordo, in qualsiasi forma si presentino, sono tutelate da segreto professionale e beneficiano della protezione concessa a informazioni analoghe dalle disposizioni applicabili alle istituzioni dell'Unione e dal diritto della Svizzera. Tali informazioni non possono essere comunicate a persone diverse da quelle che, nell'ambito delle istituzioni dell'Unione, negli Stati membri o in Svizzera, vi hanno accesso a motivo delle loro funzioni, né possono essere utilizzate per fini diversi dall'efficace tutela degli interessi finanziari delle parti.

ARTICOLO 13

Designazione dell'autorità responsabile

1. La Svizzera notifica alla Commissione la designazione ufficiale a livello ministeriale dell'autorità responsabile incaricata della gestione e del controllo della spesa nell'ambito dell'ISF-Frontiere e visti, il più rapidamente possibile dopo l'approvazione del programma nazionale.
2. La designazione di cui al paragrafo 1 è subordinata al rispetto da parte dell'organismo dei criteri di designazione riguardanti l'ambiente interno, le attività di controllo, l'informazione e la comunicazione, nonché il monitoraggio previsti dal regolamento (UE) n. 514/2014 o sulla base del medesimo.
3. La designazione dell'autorità responsabile si fonda sul parere di un organismo di revisione contabile, che può essere l'autorità di revisione contabile, che valuta il rispetto dei criteri di designazione da parte dell'autorità responsabile. Tale organismo può essere costituito da un'istituzione pubblica autonoma incaricata del monitoraggio, della valutazione e della revisione contabile dell'amministrazione. L'organismo di revisione contabile è indipendente sotto il profilo funzionale dall'autorità responsabile e svolge il proprio compito in conformità con standard internazionalmente riconosciuti. Nel decidere in merito alla designazione, la Svizzera può considerare se i sistemi di gestione e di controllo siano sostanzialmente gli stessi del periodo di programmazione precedente e se il loro funzionamento sia stato efficace. Se dai risultati ottenuti dalla revisione contabile e dal controllo emerge che l'organismo designato non rispetta più i criteri di designazione, la Svizzera adotta le misure necessarie per assicurare che sia posto rimedio alle carenze nell'espletamento dei compiti di tale organismo, anche revocandone la designazione.

ARTICOLO 14

Definizione dell'esercizio finanziario

Ai fini del presente accordo, l'esercizio finanziario di cui all'articolo 60, paragrafo 5, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 copre le spese sostenute e le entrate affluenti e contabilizzate dall'autorità responsabile nel periodo che va dal 16 ottobre dell'anno «N-1» al 15 ottobre dell'anno «N».

ARTICOLO 15

Ammissibilità delle spese

In deroga all'articolo 17, paragrafo 3, lettera b), e all'articolo 17, paragrafo 4, del regolamento (UE) n. 514/2014, le spese sostenute sono ammissibili se l'autorità responsabile le ha versate prima della designazione ufficiale a norma dell'articolo 13 del presente accordo, a condizione che i sistemi di gestione e di controllo applicati prima della designazione siano sostanzialmente identici a quelli vigenti dopo la designazione ufficiale dell'autorità responsabile.

ARTICOLO 16

Richiesta di pagamento del saldo annuale

1. Entro il 15 febbraio dell'anno che segue l'esercizio finanziario, la Svizzera presenta alla Commissione i documenti e le informazioni di cui all'articolo 60, paragrafo 5, primo comma, lettere b) e c), del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012.

In deroga all'articolo 44, paragrafo 1, del regolamento (UE) n. 514/2014 e a norma dell'articolo 60, paragrafo 5, terzo comma, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012, la Svizzera presenta alla Commissione il parere di cui all'articolo 60, paragrafo 5, secondo comma, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 entro il 15 marzo dell'anno che segue l'esercizio finanziario.

I documenti presentati in virtù del presente paragrafo fungono da richiesta di pagamento del saldo annuale.

2. I documenti di cui al presente articolo, paragrafo 1, sono redatti secondo i modelli adottati dalla Commissione sulla base dell'articolo 44, paragrafo 3, del regolamento (UE) n. 514/2014.

ARTICOLO 17

Relazione sull'attuazione

In deroga all'articolo 54, paragrafo 1, del regolamento (UE) n. 514/2014 e a norma dell'articolo 60, paragrafo 5, terzo comma, del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012, la Svizzera presenta alla Commissione una relazione annuale sull'attuazione del programma nazionale nel precedente esercizio finanziario entro il 15 febbraio di ogni anno sino al 2022 incluso e può, al livello appropriato, pubblicare tali informazioni.

La prima relazione annuale sull'attuazione del programma nazionale è presentata il 15 febbraio successivo all'entrata in vigore del presente accordo o all'inizio della sua applicazione provvisoria.

La prima relazione riguarda gli esercizi finanziari dal 2014 fino all'esercizio finanziario precedente a quello in cui dev'essere presentata la prima relazione annuale conformemente al secondo comma. La Svizzera presenta una relazione finale sull'attuazione del programma nazionale entro il 31 dicembre 2023.

ARTICOLO 18

Sistema di scambio di dati elettronici

A norma dell'articolo 24, paragrafo 5, del regolamento (UE) n. 514/2014, tutti gli scambi ufficiali di informazioni tra la Svizzera e la Commissione si svolgono mediante un sistema di scambio elettronico di dati istituito a tale scopo dalla Commissione.

ARTICOLO 19

Entrata in vigore

1. Il segretario generale del Consiglio dell'Unione europea è depositario del presente accordo.
2. Le parti approvano il presente accordo conformemente alle loro rispettive procedure. Esse si notificano reciprocamente l'avvenuto espletamento di tali procedure.
3. Il presente accordo entra in vigore il primo giorno del primo mese successivo al giorno dell'ultima notifica di cui al paragrafo 2.

4. Le parti applicano il presente accordo, ad eccezione dell'articolo 5, in via provvisoria a decorrere dal giorno successivo a quello della firma, fatti salvi eventuali obblighi costituzionali.

ARTICOLO 20

Validità e denuncia

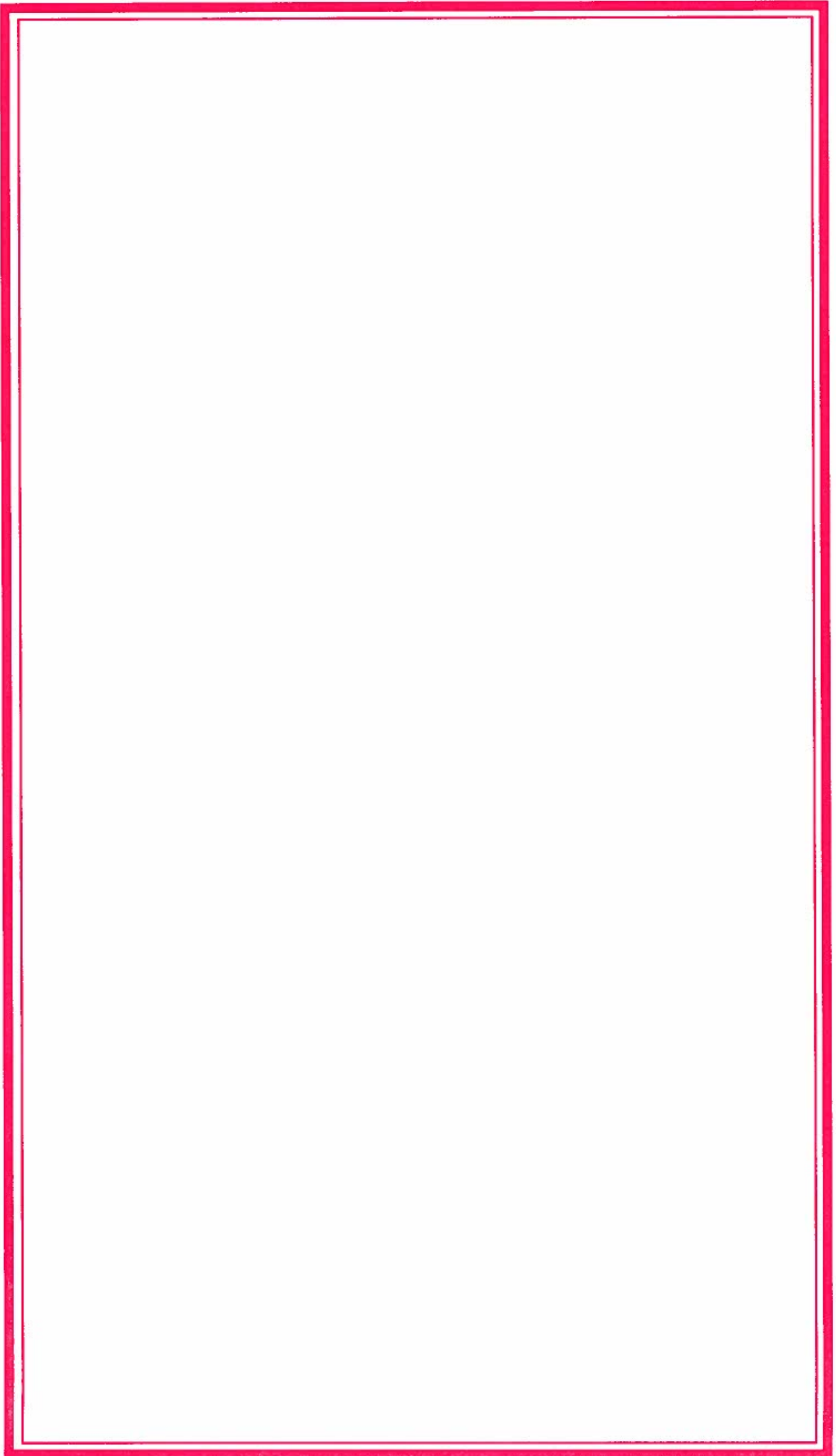
1. L'Unione o la Svizzera possono denunciare il presente accordo notificando la propria decisione all'altra parte. L'accordo cessa di applicarsi tre mesi dopo la data della notificazione. I progetti e le attività in corso al momento della denuncia continuano alle condizioni stabilite nel presente accordo. Le parti regolano di comune accordo le altre eventuali conseguenze della denuncia.

2. Il presente accordo cessa di essere applicabile quando cessa di applicarsi l'accordo di associazione con la Svizzera, conformemente all'articolo 7, paragrafo 4, all'articolo 10, paragrafo 3, o all'articolo 17 di quest'ultimo.

ARTICOLO 21

Lingue

Il presente accordo è redatto in duplice esemplare nelle lingue tedesca, francese, italiana, bulgara, ceca, croata, danese, estone, finlandese, greca, inglese, lettone, lituana, maltese, neerlandese, polacca, portoghese, rumena, slovacca, slovena, spagnola, svedese, e ungherese, ciascun testo facente ugualmente fede.



AGREEMENT
BETWEEN THE SWISS CONFEDERATION
AND THE EUROPEAN UNION
ON SUPPLEMENTARY RULES
IN RELATION TO THE INSTRUMENT FOR FINANCIAL SUPPORT
FOR EXTERNAL BORDERS AND VISA,
AS PART OF THE INTERNAL SECURITY FUND,
FOR THE PERIOD 2014 TO 2020

CH/EU/en 1

CH/EU/en 2

THE SWISS CONFEDERATION, hereinafter referred to as "Switzerland",

and

THE EUROPEAN UNION, hereinafter referred to as "the Union"

Hereinafter referred to jointly as "the Parties"

HAVING REGARD to the Agreement between the European Union, the European Community and the Swiss Confederation on the Swiss Confederation's association with the implementation, application and development of the Schengen *acquis*¹ ("Association Agreement with Switzerland"),

WHEREAS:

- (1) The Union established the instrument for financial support for external borders and visa, as part of the Internal Security Fund by means of Regulation (EU) No 515/2014 of the European Parliament and of the Council².
- (2) Regulation (EU) No 515/2014 constitutes a development of the Schengen *acquis* within the meaning of the Association Agreement with Switzerland.

¹ OJ EU L 53, 27.2.2008, p. 52.

² Regulation (EU) No 515/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 establishing, as part of the Internal Security Fund, the instrument for financial support for external borders and visa and repealing Decision No 574/2007/EC (OJ EU L 150, 20.5.2014, p. 143).

- (3) As Regulation (EU) No 514/2014 of the European Parliament and of the Council¹ has a direct impact on the application of the provisions of Regulation (EU) No 515/2014, thus affecting the latter's legal framework, and as the procedures set out in the Association Agreement with Switzerland have been applied for the adoption of Regulation (EU) No 514/2014 which was notified to Switzerland, the Parties acknowledge that Regulation (EU) No 514/2014 constitutes a development of the Schengen *acquis* within the meaning of the Association Agreement with Switzerland insofar as it is necessary for the implementation of Regulation (EU) No 515/2014.
- (4) Article 5(7) of Regulation (EU) No 515/2014 provides that the countries associated with the implementation, application and development of the Schengen *acquis* – among which Switzerland – participate in the instrument in accordance with its provisions and that arrangements are to be concluded to specify financial contributions by those countries and supplementary rules necessary for such participation, including provisions ensuring the protection of the Union's financial interests and the power of audit of the Court of Auditors.
- (5) The instrument for financial support for external borders and visa, as part of the Internal Security Fund ("the ISF – Borders and Visa") constitutes a specific instrument in the context of the Schengen *acquis* designed to provide for burden sharing and financial support in the field of external borders and visa policy in Member States and associated States.

¹ Regulation (EU) No 514/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 laying down general provisions on the Asylum, Migration and Integration Fund and on the instrument for financial support for police cooperation, preventing and combating crime, and crisis management (OJ EU L 150, 20.5.2014, p. 112).

- (6) Article 60 of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012 of the European Parliament and of the Council¹ provides for rules on indirect management that are applicable where third countries, including associated States, are entrusted with budget implementation tasks.
- (7) Article 17(4) of Regulation (EU) No 514/2014 provides for the eligibility of expenditure incurred in 2014 by a Responsible Authority not yet formally designated, thereby ensuring a smooth transition between the External Borders Fund and the Internal Security Fund. Similarly it is important that the same concern be reflected in this Agreement. Given that this Agreement did not come into force before the end of 2014, it is essential to ensure the eligibility of expenditure incurred before and until the formal designation of the Responsible Authority, provided that the management and control systems applied before are essentially the same as the ones in force after the formal designation of the Responsible Authority.
- (8) To facilitate the calculation and use of the annual contributions due by Switzerland to the ISF–Borders and Visa, its contributions for the period 2014-2020 will be paid in five annual instalments from 2016 to 2020. From 2016 to 2018, the annual contributions are set in fixed amounts while the contribution due for the years 2019 and 2020 will be determined in 2019 on the basis of the gross domestic product of all States participating in the ISF–Borders and Visa taking into account the payments effectively made,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

¹ Regulation (EU, Euratom) No 966/2012 of the European Parliament and of the Council of 25 October 2012 on the financial rules applicable to the general budget of the Union and repealing Council Regulation (EC, Euratom) No 1605/2002 (OJ EU L 298, 26.10.2012, p. 1) as last amended by Regulation (EU, Euratom) No 547/2014 of 15 May 2014 (OJ EU L 163, 29.5.2014, p. 18).

ARTICLE 1

Scope

This Agreement sets out the supplementary rules necessary for the participation of Switzerland in the ISF – Borders and Visa in accordance with Regulation (EU) No 515/2014.

ARTICLE 2

Financial management and control

1. Switzerland shall take the necessary measures to ensure compliance with the provisions relevant to the financial management and control which are laid down in the Treaty on the Functioning of the European Union ("TFEU") and in Union law which derives its legal basis from the TFEU.

The provisions of the TFEU and of the secondary law referred to in the first sub-paragraph are the following:

- (a) Article 287(1), (2) and (3) TFEU;
- (b) Articles 30, 32 and 57, point (i) of Article 58(1)(c), Article 60 and Articles 79(2) and 108(2) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012;

- (c) Articles 32, 38, 42, 84, 88, 142 and 144 of Commission Delegated Regulation (EU) No 1268/2012¹;
- (d) Council Regulation (Euratom, EC) No 2185/96²;
- (e) Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 of the European Parliament and of the Council³.

The Parties may decide to amend this list by mutual agreement.

2. Switzerland shall apply the provisions referred to in paragraph 1 in its territory in accordance with this Agreement.

¹ Commission Delegated Regulation (EU) No 1268/2012 of 29 October 2012 on the rules of application of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012 of the European Parliament and of the Council on the financial rules applicable to the general budget of the Union (OJ EU L 362, 31.12.2012, p. 1).

² Council Regulation (Euratom, EC) No 2185/96 of 11 November 1996 concerning on-the-spot checks and inspections carried out by the Commission in order to protect the European Communities' financial interests against fraud and other irregularities (OJ EC L 292, 15.11.1996, p. 2).

³ Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 September 2013 concerning investigations conducted by the European Anti-Fraud Office (OLAF) and repealing Regulation (EC) No 1073/1999 of the European Parliament and of the Council and Council Regulation (Euratom) No 1074/1999 (OJ EU L 248, 18.9.2013, p. 1).

ARTICLE 3

Respect for the principle of sound financial management

The funds allocated to Switzerland under the ISF–Borders and Visa shall be used in accordance with the principle of sound financial management.

ARTICLE 4

Respect for the principle on conflict of interest

All financial actors and any other person involved in budget implementation and management, including acts preparatory thereto, audit or control acting in the territory of Switzerland shall be prohibited from taking any action which may bring their own interests into conflict with those of the Union.

ARTICLE 5

Enforcement

Decisions taken by the Commission which impose a pecuniary obligation on persons other than states shall be enforceable in the territory of Switzerland.

Enforcement shall be governed by the rules of civil procedure in force in Switzerland. The order for enforcement of a decision shall be appended to that decision, without any formality other than the verification of the authenticity of the decision, by the national authority which the government of Switzerland shall designate for that purpose and shall make known to the Commission.

Once those formalities have been completed on application by the Commission, the Commission may proceed to enforcement in accordance with national law by bringing the matter directly before the competent authority.

Enforcement may be suspended only by a decision of the Court of Justice of the European Union. However, the courts of Switzerland shall have jurisdiction over complaints that enforcement is being carried out in an irregular manner.

ARTICLE 6

Protection of the financial interests of the Union against fraud

1. Switzerland shall:
 - (a) counter fraud and any other illegal activities affecting the financial interests of the Union through measures which shall act as a deterrent and be such as to afford effective protection in Switzerland;

- (b) take the same measures to counter fraud affecting the financial interests of the Union as it takes to counter fraud affecting its own financial interests; and
- (c) coordinate its action aimed at protecting the financial interests of the Union with the Member States and the Commission.

2. Switzerland shall adopt equivalent measures to those adopted by the Union in accordance with Article 325(4) TFEU which are in force at the date of signature of this Agreement.

The Parties may decide by mutual agreement to adopt equivalent measures to any subsequent measures adopted by the Union in accordance with that Article.

ARTICLE 7

On-the spot checks and inspections by the Commission (OLAF)

Without prejudice to its rights under Article 5(8) of Regulation (EU) No 514/2014, the Commission (the European Anti-Fraud Office OLAF) shall be authorised to carry out on-the spot checks and inspections in the territory of Switzerland as regards the ISF – Borders and Visa in accordance with the terms and conditions laid down in Regulation (Euratom, EC) No 2185/96.

The authorities of Switzerland shall facilitate on-the-spot checks and inspections which may, if those authorities so wish, be carried out jointly with them.

ARTICLE 8

Court of Auditors

In accordance with Article 287(3) TFEU and with Part One, Title X, chapter 1 of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012, the Court of Auditors shall have the possibility to perform audits on the premises of any body which manages revenue or expenditure on behalf of the Union in the territory of Switzerland as regards the ISF – Borders and Visa including on the premises of any natural or legal person in receipt of payments from the budget.

In Switzerland, audits by the Court of Auditors shall be carried out in liaison with national audit bodies or, if they do not have the necessary powers, with the competent national departments. The Court of Auditors and the national audit bodies of Switzerland shall cooperate in a spirit of trust while maintaining their independence. Those bodies or departments shall inform the Court of Auditors whether they intend to take part in the audit.

The Court of Auditors shall have at least the same rights as the Commission as laid down in Article 5(7) of Regulation (EU) No 514/2014 and Article 7 of this Agreement.

ARTICLE 9

Public procurement

Switzerland shall apply its national law on public procurement in accordance with the provisions of Annex 4 to the Agreement Establishing the World Trade Organization (Agreement on Government Procurement)¹ and the Agreement between the European Community and the Swiss Confederation on certain aspects of government procurement².

Switzerland shall provide the Commission with a description of its public procurement procedures.

Moreover, it shall provide information on the public procurement procedures applied in each annual implementation report referred to in Article 54 of Regulation (EU) No 514/2014.

¹ OJ EU L 336, 23.12.1994, p. 273.

² OJ EU L 114, 30.4.2002, p. 430.

ARTICLE 10

Financial contributions

1. For the years 2016 to 2018, Switzerland shall make annual payments to the budget of the ISF-Borders and Visa in accordance with the following table:

(All amounts in EUR)

	2016	2017	2018
Switzerland	25 106 140	25 106 140	25 106 140

2. The contributions of Switzerland for the years 2019 and 2020 shall be calculated in accordance with its respective Gross Domestic Product (GDP) as a percentage of the GDP of all States participating in the ISF – Borders and Visa in accordance with the formula described in the Annex.

3. The financial contributions referred to in this Article shall be due by Switzerland irrespective of the date of adoption of its national programme referred to Article 14 of Regulation (EU) No 514/2014.

ARTICLE 11

Use of financial contributions

1. The total of the annual payments for 2016 and 2017 shall be assigned as follows:
 - (a) 75 % to the mid-term review referred to in Article 8 of Regulation (EU) No 515/2014;
 - (b) 15 % to the development of IT systems referred to in Article 15 of Regulation (EU) No 515/2014, subject to the adoption of the relevant Union legal acts by 30 June 2017;
 - (c) 10 % to Union actions referred to in Article 13 of Regulation (EU) No 515/2014 and emergency assistance referred to in Article 14 of Regulation (EU) No 515/2014.

Where the amount referred to in point (b) of this paragraph is not allocated or spent, the Commission shall, pursuant to the procedure set in the second subparagraph of Article 5(5)(b) of Regulation (EU) No 515/2014, re-allocate it to the specific actions referred to in Article 7 of Regulation (EU) No 515/2014.

If this Agreement does not enter into force or is not applied on a provisional basis by 1 June 2017, the full contribution of Switzerland shall be used in accordance with paragraph 2 of this Article.

2. The total of the annual payments for 2018, 2019 and 2020 shall be assigned as follows:
 - (a) 40 % to specific actions referred to in Article 7 of Regulation (EU) No 515/2014;
 - (b) 50 % to the development of IT systems referred to in Article 15 of Regulation (EU) No 515/2014, subject to the adoption of the relevant Union legal acts by 31 December 2018;
 - (c) 10 % to Union actions referred to in Article 13 of Regulation (EU) No 515/2014 and emergency assistance referred to in Article 14 of Regulation (EU) No 515/2014.

Where the amount referred to in point (b) of this paragraph is not allocated or spent, the Commission shall, pursuant to the procedure set out in the second subparagraph of Article 5(5)(b) of Regulation (EU) No 515/2014, re-allocate it to the specific actions referred to in Article 7 of Regulation (EU) No 515/2014.

3. The additional amounts assigned to the mid-term review, Union actions, specific actions or the programme on the development of IT systems shall be used in accordance with the relevant procedure laid down in one of the following provisions:
 - (a) Article 6(2) of Regulation (EU) No 514/2014;

- (b) Article 8(7) of Regulation (EU) No 515/2014;
- (c) Article 7(3) of Regulation (EU) No 515/2014;
- (d) the second subparagraph of Article 15 of Regulation (EU) No 515/2014.

4. Each year, the Commission may use up to EUR 181 424 of the payments made by Switzerland to finance the administrative expenditure related to staff or external staff necessary for supporting the implementation by Switzerland of Regulation (EU) No 515/2014 and this Agreement.

ARTICLE 12

Confidentiality

Information communicated or acquired in any form whatsoever pursuant to this Agreement shall be covered by professional secrecy and protected in the same way as similar information is protected by the provisions applicable to the Union institutions and by the laws of Switzerland. Such information shall not be communicated to persons other than those within the Union institutions, in the Member States or in Switzerland whose functions require them to know it, nor may it be used for purposes other than to ensure effective protection of the financial interests of the Parties.

ARTICLE 13

Designation of Responsible Authority

1. Switzerland shall notify the Commission of the formal designation at ministerial level of the Responsible Authority responsible for the management and control of expenditure under the ISF-Borders and Visa, as soon as possible after the approval of the national programme.
2. The designation referred to in paragraph 1 shall be made subject to the body complying with the designation criteria on internal environment, control activities, information and communication, and monitoring laid down in or on the basis of Regulation (EU) No 514/2014.
3. The designation of a Responsible Authority shall be based on an opinion of an audit body, which may be the Audit Authority, which assesses the Responsible Authority's compliance with the designation criteria. That body may be the autonomous public institution responsible for monitoring, evaluating and auditing the administration. The audit body shall function independently of the Responsible Authority and shall carry out its work in accordance with internationally accepted audit standards. Switzerland may base its decision on designation on whether the management and control systems are essentially the same as those in place for the previous period and whether they have functioned effectively. If the existing audit and control results show that the designated body no longer complies with the designation criteria, Switzerland shall take the necessary measures to ensure that deficiencies in the implementation of the tasks of that body are remedied, including by ending the designation.

ARTICLE 14

Definition of financial year

For the purpose of this Agreement, the financial year referred to in Article 60(5) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012 shall cover expenditure paid and revenue received and entered into the accounts of the Responsible Authority in the period commencing on 16 October of the year "N-1" and ending on 15 October of year "N".

ARTICLE 15

Eligibility of expenditure

By way of derogation from Article 17(3)(b) and (4) of Regulation (EU) No 514/2014, expenditure shall be eligible where it has been paid by the Responsible Authority before the Responsible Authority's formal designation in accordance with Article 13 of this Agreement, provided that the management and control systems applied before are essentially the same as the ones in force after the formal designation of the Responsible Authority.

ARTICLE 16

Request for payment of the annual balance

1. By 15 February of the year following the financial year, Switzerland shall submit to the Commission the documents and information required in points (b) and (c) of the first subparagraph of Article 60(5) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012.

By way of derogation from Article 44(1) of Regulation (EU) No 514/2014 and in accordance with the third subparagraph of Article 60(5) of Regulation (EU, Euroatom) No 966/2012, Switzerland shall submit the opinion referred to in the second subparagraph of Article 60(5) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012 by 15 March of the year following the financial year, to the Commission.

The documents submitted referred to in this paragraph shall serve as the request for payment of the annual balance.

2. The documents referred to in paragraph 1 of this Article shall be drawn up according to the models adopted by the Commission on the basis of Article 44(3) of Regulation (EU) No 514/2014.

ARTICLE 17

Implementation report

By way of derogation from Article 54(1) of Regulation (EU) No 514/2014 and in accordance with the third subparagraph of Article 60(5) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012, Switzerland shall submit an annual report to the Commission on the implementation of the national programme in the previous financial year by 15 February each year until and including 2022 and may, at the appropriate level, publish this information.

The first annual report on the implementation of the national programme shall be submitted on 15 February following the entry into force of this Agreement or the start of its provisional application.

The first report shall cover the financial years from 2014 until the financial year before the first annual report was due in accordance with the second paragraph. Switzerland shall submit a final report on the implementation of the national programme by 31 December 2023.

ARTICLE 18

Electronic data exchange system

In accordance with Article 24(5) of Regulation (EU) No 514/2014, all official exchanges of information between Switzerland and the Commission shall be carried out using an electronic data exchange system provided for by the Commission for that purpose.

ARTICLE 19

Entry into force

1. The Secretary-General of the Council of the European Union shall act as depositary of this Agreement.
2. The Parties shall approve this Agreement in accordance with their own procedures. They shall notify each other of the completion of those procedures.
3. This Agreement shall enter into force on the first day of the first month following the day of the last notification referred to in paragraph 2.

4. Except for Article 5, the Parties shall apply this Agreement provisionally as from the day following that of its signature, without prejudice to constitutional requirements.

ARTICLE 20

Validity and termination

1. Either the Union or Switzerland may terminate this Agreement by notifying the other Party of its decision. The Agreement shall cease to apply three months after the date of such notification. Projects and activities in progress at the time of termination shall continue according to the conditions laid down in this Agreement. The Parties shall settle any other consequences of termination, by mutual agreement.
2. This Agreement shall be terminated when the Association Agreement with Switzerland is terminated in accordance with Article 7(4), Article 10(3) or Article 17 of the Association Agreement with Switzerland.

ARTICLE 21

Languages

This Agreement shall be drawn up in a duplicate in the German, French, Italian, Bulgarian, Croatian, Czech, Danish, Dutch, English, Estonian, Finnish, Greek, Hungarian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Portuguese, Romanian, Slovak, Slovenian, Spanish and Swedish languages, each of those texts being equally authentic.

Geschehen zu Brüssel am fünfzehnten März zweitausendachtzehn.

Fait à Bruxelles, le quinze mars deux mille dix-huit.

Fatto a Bruxelles, addì quindici marzo duemiladiciotto.

Съставено в Брюксел на петнадесети март две хиляди и осемнадесета година.

Hecho en Bruselas, el quince de marzo de dos mil dieciocho.

V Bruselu dne patnáctého března dva tisíce osmnáct.

Udfærdiget i Bruxelles den femtende marts to tusind og atten.

Kahe tuhande kaheksateistkümnenda aasta märtsikuu viieteistkümnendal päeval Brüsselis.

Έγινε στις Βρυξέλλες, στις δέκα πέντε Μαρτίου δύο χιλιάδες δεκαοκτώ.

Done at Brussels on the fifteenth day of March in the year two thousand and eighteen.

Sastavljeno u Bruxellesu petnaestog ožujka godine dvije tisuće osamnaeste.

Briselē, divi tūkstoši astoņpadsmitā gada piecpadsmitajā martā.

Priimta du tūkstančiai aštuonioliktų metų kovo penkioliktą dieną Briuselyje.

Kelt Brüsszelben, a kétezer-tizenyolcadik év március havának tizenötödik napján.

Magħmul fi Brussell, fil-ħmistax-il jum ta' Marzu fis-sena elfejn u tmintax.

Gedaan te Brussel, vijftien maart tweeduizend achttien.

Sporządzono w Brukseli dnia piętnastego marca roku dwa tysiące osiemnastego.

Feito em Bruxelas, em quinze de março de dois mil e dezoito.

Íntocmit la Bruxelles la cincisprezece martie două mii optsprezece.

V Bruseli pätnásteho marca dvetisícosemnást'.

V Bruslju, dne petnajstega marca leta dva tisoč osemnajst.

Tehty Brysselissä viidentenätoista päivänä maaliskuuta vuonna kaksituhattakahdeksantoista.

Som skedde i Bryssel den femtonde mars år tjugohundraarton.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft
Pour la Confédération suisse
Per la Confederazione Svizzera
За Конфедерация Швейцария
Por la Confederación Suiza
Za Švýcarskou konfederaci
For Det Schweiziske Forbund
Šveitsi Konföderatsiooni nimel
Για την Ελβετική Συνομοσπονδία
For the Swiss Confederation
Za Švicarsku Konfederaciju
Šveices Konfederācijas vārdā –
Šveicarijos Konfederācijas vardu
A Svájci Államszövetség részéről
Ghall-Konfederazzjoni Svizzera
Voor de Zwitserse Bondsstaat
W imieniu Konfederacji Szwajcarskiej
Pela Confederação Suíça
Pentru Confederația Elvețiană
Za Švajčiarsku konfederáciu
Za Švicarsko konfederacijo
Sveitsin valaliiton puolesta
För Schweiziska edsförbundet



Für die Europäische Union
Pour l'Union européenne
Per l'Unione europea
За Европейския съюз
Por la Unión Europea
Za Evropskou unii
For Den Europæiske Union
Euroopa Liidu nimel
Για την Ευρωπαϊκή Ένωση
For the European Union
Za Europejsku uniju
Eiropas Savienības vārdā –
Europos Sąjungos vardu
Az Európai Unió részéről
Ghall-Unjoni Ewropea
Voor de Europese Unie
W imieniu Unii Europejskiej
Pela União Europeia
Pentru Uniunea Europeană
Za Európsku úniu
Za Evropsko unijo
Euroopan unionin puolesta
För Europeiska unionen



○

○

○

○

FORMEL ZUR BERECHNUNG DER FINANZIELLEN BEITRÄGE
FÜR DIE JAHRE 2019 UND 2020
UND ANGABEN ZUR ZAHLUNG

1. Der Finanzbeitrag der Schweiz zum ISF – Grenzen und Visa gemäß Artikel 5 Absatz 7 Unterabsätze 2 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 wird für die Jahre 2019 und 2020 wie folgt berechnet:

Für jedes einzelne Jahr im Zeitraum von 2013 bis 2017 werden die am 31. März 2019 vorliegenden endgültigen Zahlen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schweiz durch die Gesamtsumme der Zahlen des BIP aller am ISF – Grenzen und Visa beteiligten Staaten im jeweiligen Jahr geteilt. Der Durchschnitt der fünf Prozentsätze für die Jahre von 2013 bis 2017 wird auf die Summe der tatsächlichen jährlichen Mittelzuweisungen für den ISF – Grenzen und Visa für die Jahre 2014 bis 2019 und die jährliche Verpflichtungsermächtigung für den ISF – Grenzen und Visa für das Jahr 2020, die in dem von der Kommission angenommenen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020 enthalten sind, angewendet, um den von der Schweiz über den gesamten Durchführungszeitraum des ISF – Grenzen und Visa zu zahlenden Gesamtbetrag zu ermitteln. Von diesem Betrag werden die von der Schweiz gemäß Artikel 10 Absatz 1 dieses Abkommens tatsächlich geleisteten jährlichen Zahlungen abgezogen, um den Gesamtbetrag der Beiträge für die Jahre von 2019 und 2020 zu ermitteln. Die Hälfte dieses Betrags wird im Jahr 2019 und die andere Hälfte im Jahr 2020 gezahlt.

2. Der finanzielle Beitrag wird in Euro gezahlt.

3. Die Schweiz leistet ihren jeweiligen Finanzbeitrag spätestens 45 Tage nach Erhalt der Belastungsanzeige. Bei Zahlungsverzug werden ab dem Fälligkeitstag Verzugszinsen für den ausstehenden Betrag berechnet. Als Zinssatz wird der von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegte, am ersten Kalendertag des Fälligkeitsmonats geltende, im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichte Zinssatz zuzüglich 3,5 Prozentpunkten angewandt.

FORMULE APPLICABLE POUR LE CALCUL
DES CONTRIBUTIONS FINANCIÈRES
POUR LES ANNÉES 2019 ET 2020
ET MODALITÉS DE PAIEMENT

- (1) La contribution financière de la Suisse au FSI – Frontières et visas, visée à l'article 5, paragraphe 7, deuxième et troisième alinéas, du règlement n° 515/2014, est calculée comme suit pour les années 2019 et 2020:

Pour chacune des années de 2013 à 2017, le chiffre définitif du produit intérieur brut (PIB) de la Suisse disponible au 31 mars 2019 est divisé par la somme des PIB de l'ensemble des États participant au FSI – Frontières et visas pour l'année correspondante. La moyenne des cinq pourcentages obtenus pour les années 2013 à 2017 est appliquée à la somme des crédits annuels effectifs du FSI – Frontières et visas pour les années 2014 à 2019 et des crédits d'engagement annuels du FSI – Frontières et visas pour l'année 2020, tels qu'ils figurent dans le projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2020 adopté par la Commission, afin d'obtenir le montant total devant être versé par la Suisse sur l'ensemble de la période de mise en œuvre du FSI – Frontières et visas. Les versements annuels réellement effectués par la Suisse conformément à l'article 10, paragraphe 1, du présent accord sont déduits du montant précité afin d'obtenir le montant total de ses contributions pour les années 2019 et 2020. La première moitié de ce montant est versée en 2019 et la seconde en 2020.

- (2) La contribution financière est versée en euros.
- (3) La Suisse verse sa contribution financière au plus tard 45 jours après avoir reçu la note de débit. Tout retard dans le versement de la contribution donne lieu au paiement d'intérêts de retard sur le montant restant dû à la date d'échéance. Le taux d'intérêt correspond au taux appliqué par la Banque centrale européenne à ses principales opérations de refinancement le premier jour civil du mois de l'échéance, tel que publié au Journal officiel de l'Union européenne, série C, majoré de 3,5 points de pourcentage.

ALLEGATO

FORMULA PER CALCOLARE I CONTRIBUTI FINANZIARI PER GLI ANNI 2019 E 2020 E MODALITÀ DI PAGAMENTO

1. Il contributo finanziario della Svizzera all'ISF-Frontiere e visti di cui all'articolo 5, paragrafo 7, secondo e terzo comma, del regolamento (UE) n. 515/2014 per gli anni 2019 e 2020 è calcolato come riportato di seguito.

Per ogni anno dal 2013 al 2017, le cifre definitive del prodotto interno lordo (PIL) della Svizzera disponibili al 31 marzo 2019 sono divise per la somma degli importi relativi al PIL di tutti gli Stati che partecipano all'ISF-Frontiere e visti per lo stesso anno. La media delle cinque percentuali ottenute per gli anni 2013-2017 è applicata alla somma degli stanziamenti annuali effettivi per l'ISF-Frontiere e visti per gli anni 2014-2019 e dello stanziamento d'impegno annuale per l'ISF-Frontiere e visti per il 2020, compreso nel progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio finanziario 2020 adottato dalla Commissione, per ottenere l'importo totale a carico della Svizzera nell'intero periodo di attuazione dell'ISF-Frontiere e visti. Da tale importo sono detratti i pagamenti annuali realmente effettuati dalla Svizzera in conformità dell'articolo 10, paragrafo 1, del presente accordo, per ottenere l'importo totale dei suoi contributi per gli anni 2019 e 2020. Metà di tale importo è versato nel 2019 e l'altra metà nel 2020.

2. Il contributo finanziario è pagato in euro.
3. Al più tardi 45 giorni dopo la ricezione della nota di addebito la Svizzera versa il corrispondente contributo finanziario. Ogni ritardo nel pagamento del contributo dà luogo all'applicazione di interessi di mora sull'importo arretrato a decorrere dalla data di scadenza del pagamento. Il tasso di interesse è il tasso applicato dalla Banca centrale europea alle sue principali operazioni di rifinanziamento e pubblicato nella *Gazzetta ufficiale dell'Unione europea*, serie C, in vigore il primo giorno civile del mese in cui scade il termine, maggiorato di 3,5 punti percentuali.

FORMULA TO CALCULATE THE FINANCIAL CONTRIBUTIONS
FOR THE YEARS 2019 AND 2020
AND PAYMENT DETAILS

- (1) The financial contribution of Switzerland to the ISF – Borders and Visa referred to in the second and third subparagraphs of Article 5(7) of Regulation 515/2014 is calculated as follows for the years 2019 and 2020:

For each single year from 2013 to 2017, the final figures of the Gross Domestic Product (GDP) of Switzerland available on 31 March of 2019 shall be divided by the sum of the GDP figures of all the States participating in the ISF – Borders and Visa for the respective year. The average of the obtained five percentages for the years 2013 to 2017 shall be applied to the sum of the actual annual appropriations for the ISF – Borders and Visa for the years 2014 to 2019 and the annual commitment appropriation for the ISF – Borders and Visa for the year 2020 as included in the draft General budget of the European Union for the financial year 2020 adopted by the Commission to obtain the total amount to be paid by Switzerland over the whole period of implementation of the ISF – Borders and Visa. From this amount, the annual payments effectively made by Switzerland in accordance with Article 10(1) of this Agreement shall be subtracted in order to obtain the total amount of its contributions for the years 2019 and 2020. Half of this amount shall be paid in 2019 and the other half in 2020.

- (2) The financial contribution shall be paid in Euro.
- (3) Switzerland shall pay its respective financial contribution no later than 45 days after receiving the debit note. Any delay in payment of the contribution shall give rise to the payment of default interest on the outstanding amount from the due date. The interest rate shall be the rate applied by the European Central Bank to its main refinancing operations, as published in the C series of the *Official Journal of the European Union*, in force on the first calendar day of the month in which the deadline falls, increased by 3,5 percentage points.